Zum 2."Parteitag" der Gruppe Rote Fahne (KPD) Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 38 vom 23. September 1977 — 11. Jahrgang — 50 Pfennig

Bonner Hetze gegen "Sympathisantenszene"

Der Angriff geht gegen die Werktätigen

„Das eigentliche Problem des Staates sind nicht die Terroristen selbst, sondern die Sympathisanten." Das erklärte in der letzten Woche der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht. Und er fand damit nicht nur die Unterstützung seiner CDU-Parteifreunde, sondern erntete Beifall auch bei den Regierungsparteien. „Den Sympathisantensumpf austrocknen", „die Ratten in den Nestern ausrotten", mit solchen Sprüchen aus dem Wörterbuch eines Goebbels überboten sich die Herren nach der Schleyer-Entführung gegenseitig.

Sympathisanten, wer ist damit gemeint? Diejenigen, die der Handvoll Buback-Attentäter und Schleyer-Entführer die Autos besorgen, Wohnungen zur Verfügung stellen oder ihnen sonstwie zur Hand gehen? Nein, so wie früher Göring tönte: „Wer Jude ist, das bestimme ich!" so ist heute derjenige ein Sympathisant, den die Schmidt, Strauß oder Vogel dazu machen. Und das klingt dann so: „Sympathisant kann schon derjenige sein, der Baader-Meinhof-Gruppe, statt -Bande sagte. Sympathisant kann auch derjenige sein, der sich mehr dafür interessiert, ob sich ein Terrorist im Hungerstreik befindet, als dafür, wer sich um die Kinder der ermordeten Polizisten kümmert." Schließlich jeder, der „gegen den Geist der Verfassung" verstößt.

Das ist die Linie, auf der Bonn eine schrankenlose Hetze, eine Einschüchterungskampagne gegen alle diejenigen entfachte, die nicht bereit sind, in das Geheul der Terroristenhysterie mit einzustimmen. Sie haben über die Presse und das Fernsehen ihre totale Nachrichtensperre verhängt, sie geben Sprachregelungen heraus, wie „Bande" statt „Gruppe" und wehe, wer sich nicht daran hält. Jetzt wollen sie auch noch das Denken der Menschen gleichschalten, wollen sie die Trauer um Buback, die Anteilnahme für Schleyer zur Staatspflicht machen.



Wie hier in Fürstenried (Bayern) tyrannisiert die Polizei seit der Schleyer-Entführung die Bevölkerung noch mehr durch Straßensperren und Autokontrollen.

Und das sind keine leeren Worte, sie machen Ernst damit. Nehmen wir als ein Beispiel den Fall Claus Peymann. Peymann ist Direktor des Schauspielhauses in Stuttgart, einer von denjenigen, die sich dafür interessieren, was mit den politischen Gefangenen in der Bundesrepublik geschieht. Er hatte einen Spendenaufruf, in dem die Mutter der Stammheimer Gefangenen Gudrun Ensslin um Geld für die ärztliche Behandlung ihrer Tochter bittet, in seinem Theater ausgehängt. Jetzt bereitet das Kultusministerium seinen Rausschmiß vor. Und die reaktionären Bonzen der Polizeigewerkschaft rufen unterdessen zum Boykott des Schauspielhauses auf, solange Peymann dort noch Direktor ist. Wie war es doch vor vierzig Jahren? Da liefen SA-Männer mit Schildern durch die Straßen: „Kauft nicht bei Juden!"

In Niedersachsen werden Professore, die sich für eine sogenannte sachliche Diskussion über den Terrorismus eingesetzt haben, gezwungen ein öffentliches Bekenntnis zum „freien Rechtsstaat Bundesrepublik" abzulegen. Wer nicht unterschreibt, fliegt raus. Da wird der „rechtfertigende Notstand" verkündet und allen Anwälten von politischen Gefangenen verboten, mit ihren Mandanten Kontakt aufzunehmen. Da werden die Anwälte Plottnitz und Riedel im Fernsehen öffentlich als Mitglieder der RAF bezichtigt usw. Da wird wegen eines läppischen Flugblatts zur Schleyer-Entführung der Allgemeine Studentenausschuß in Göttingen abgesetzt und ein Staatsbeauftragter eingesetzt.

Und das alles mit der demagogischen Berufung auf die Werktätigen. Die Massen rufen nach dem starken Staat, sie wollen wirksame Maßnahmen gegen den Terrorismus, so schreien jetzt die schlimmsten Feinde des Volkes. Sie beschwören die „Stimmung der Bevölkerung", so wie früher das „gesunde Volksempfinden" beschworen wurde, um neue Feldzüge gegen das Volk vorzubereiten. Sie fordern jetzt allerorten nach der Todesstrafe und bringen täglich neue manipulierte Meinungsumfragen um zu beweisen, daß genau das die Forderung der Werktätigen ist.

Dabei nutzen sie schamlos das Empfinden der Massen aus, daß eine Blutschuld gegen das Volk nur mit Blut gesühnt werden kann. Aber sehen wir uns doch einen dieser „Kopf ab"-Schreier, den bayrischen Innenminister Seidl, einmal näher an. Dieser Herr hat einige Erfahrung mit der Todesstrafe. Vor dreißig Jahren war Seidl einer der Verteidiger der fa-

Fortsetzung auf Seite 2

12. Gewerkschaftstag der IG Metall

Kongress der Bonzen und Arbeiterverräter

Vom 18. bis 24. September findet in Düsseldorf der 12. ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall statt. 546 Delegierte, die angeblich die 2,6 Millionen IGM-Mitglieder vertreten, stimmen über Anträge und Entschließungen ab und führen die Neuwahl des IGM-Vorstands durch. Müssen nun die Loderer, Mayr, Judith und Co., diese altbewährten Streikbruchstrategen und Komplizen der Konzernherren, um ihre Vorstandssessel fürchten? Laufen sie Gefahr, wegen ihrer arbeiterfeindlichen Tätigkeit, ihre Sabotage an den Kämpfen der Arbeiterklasse abgewählt zu werden? Kein Gedanke! Genausogut könnte man erwarten, daß Schleyer den Entschluß faßt, sich der RAF anzuschließen. Der Düsseldorfer Gewerkschaftstag ist ein Kongreß, auf dem die Bonzen und Arbeiterverräter fast völlig unter sich bleiben.

Hier werden keine Beschlüsse gefaßt, in denen dem Willen und den Interessen der Millionen einfacher Gewerkschaftsmitglieder Rechnung getragen wird. Es geht hier letztlich einzig und allein darum, den arbeiterfeindlichen, durch und durch reaktionären IGM-Apparat als Werkzeug der Kapitalistenklasse zur Niederhaltung und Spaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse zu stärken und ihn auszurichten, damit er auch in den künftigen Klassenauseinandersetzungen seine Rolle als „trojanisches Pferd" der Kapitalisten innerhalb der Arbeiterschaft mit Erfolg spielen kann.

Die Delegierten für den Gewerkschaftstag werden auf Vertreterversammlungen außerhalb der Betriebe gewählt. Die einfachen Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben haben praktisch keinen Einfluß darauf, wer sie in diesen Vertreterversammlungen „vertritt" und erst recht nicht, wer Delegierter wird. Nach der Satzung wird auf je 5.000 Mitglieder ein Delegierter gewählt. Dieser eine von 5.000 ist natürlich in der Regel keiner, der das Vertrauen der Kollegen besitzt, weil er sich, unerschrokken und unbestechlich, für die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten einsetzt. Solche klassenbewußten Kollegen werden von vornherein ausgeschaltet. Es sind fast ausschließlich fest etablierte Funktionäre, eingefleischte Anhänger oder Mitläufer und Vertreter des arbeiterfeindlichen Apparats.

Mehr als 1.000 Anträge wurden von den Verwaltungsstellen eingereicht. Unter ihnen gibt es einige wenige Anträge mit Forderungen, die den wirklichen Interessen und dem Willen der Mitgliederbasis entsprechen. Eine davon ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vol-

Fortsetzung auf Seite 5

Herbstmanöver

Die NATO probt den Krieg

Vier Menschen starben am letzten Wochenende beim Manöver Reforger. Drei Menschen waren es am Wochenende davor — ein 36jähriger Autofahrer, ein 19jähriger Motorradfahrer und ein 16jähriger Schüler. Die Zahl der Toten unter den Soldaten wird wie in den vergangenen Jahren systematisch verschwiegen. Von ihnen erfährt die Öffentlichkeit kaum etwas. Und dringt doch hier und da einmal etwas durch, dann sind sofort NATO- und Bundeswehruntersuchungsstellen zur Hand, die bestätigen: „Menschliches Versagen". Oder wie Kriegsminister Leber einmal erklärte: „Unfälle gehören nun einmal zum Manöver.

Allerdings — zum NATO-Manöver gehören Unfälle und zig Tote, das haben die Manöver „Bould Guard", „Big Ferrow", „Reforger 76" usw. gezeigt. Was kümmert die NATO-Generäle schon das Leben eines einfachen Soldaten. Bis zur völligen Erschöpfung müssen sie Dienst leisten, kaum Schlaf, nur wenig Essen. Vollkommen übernächtigt und durchgefroren müssen die Soldaten hinter das Steuer eines Panzers oder LKW s. Nur mit Tarnlicht beleuchtet, müssen sie nachts mit überhöhter Geschwindigkeit durch die Ortschaften fahren oder sich auf den Bundesstraßen Panzergefechte liefern. Sicherheitsvorschriften zählen für die Offiziere in einem Manöver nicht. Kommt es unter diesen Bedingungen zu einem Unfall, so liest sich das in der bürgerlichen Presse allerdings ganz anders: „Aus ungeklärten Gründen kam der tonnenschwere Panzer auf die linke Fahrbahnseite und überrollte den haltenden Bus zur Hälfte".

Aber nicht nur, daß sich die NATO-Generäle als Herren über Leben und Tod der einfachen Soldaten und Zivilpersonen fühlen. Sie spielen sich auch als Herren über Äcker und Felder, Ernte, Straßen und Brücken auf. Gebiete, wie jetzt in Niedersachsen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern, wo gegenwärtig die größten Manöver stattfinden, ähneln nachher oft einem wirklichen Schlachtfeld. Die Bundeswehr soll das Eigentum der Werktätigen schützen? Sie zertritt und zertrampelt es schon in Friedenszeiten, wo sie nur hinkommt. Die Zerstörungen gehen bei jedem Manöver in die zig Millionen. In der Regel erhalten zwar die Bauern den Marktwert als Schadenersatz — natürlich von den Steuergeldern der Werktätigen. Wer aber bezahlt ihnen die zusätzliche Arbeit, die sie dadurch haben, daß sie den Mais mit der Hand ernten müssen, weil sie Maschinen

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Bruderküsse aus Köln — „Rote Fahne"-Kommentar zur Tito-Tournee ... 3
Italien — Arbeiter kämpfen gegen die revisionistischen Verräter ... 3
10. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie ... 4
Sondertarifvertrag für Jugendliche .. 4
7. Kongreß der Jugend der Arbeit Albaniens ... 6
Albanische Jugend — die hellste Flamme im Befreiungskampf ... 6
Hoesch — ein Name für blutigen Stahl ... 8
Bonner Hetze gegen südafrikanische Patrioten ... 10
Rassistenchef Kruger in Südafrika ... 10
Iranische Volksmassen im Kampf gegen das Schahregime ... 11
Massendemonstrationen in Madrid und Barcelona ... 11

Bonn verschärft die Faschisierung

Im folgenden geben wir einen Überblick über die wichtigsten Gesetze und Maßnahmen, die die Bourgeoisie unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus gegenwärtig in Bonn beschleunigt durchpeitschen läßt, oder aber die von der Regierung angekündigt werden oder gegenwärtig in den Bonner Parteien als Möglichkeit diskutiert werden.

Am 7. September verabschiedete die Regierung ein Gesetzpaket, das unter anderem folgende Punkte enthält:

• **Straffung von Strafverfahren.** Sie soll der „Prozeßbeschleunigung" bzw. der „schnelleren" Verurteilung in politischen Prozessen dienen. Unter anderem dadurch, daß „offenkundig überflüssige Beweisaufnahmen" vom Gericht abgeblockt werden können.

• **Verteidiger-Ausschluß.** Künftig sollen Verteidiger ausgeschlossen werden können „wenn bestimmte Umstände den Verdacht begründen", daß der Anwalt den Zugang zum Beschuldigten „dazu mißbraucht, Straftaten zu begehen oder die Sicherheit einer Strafvollzugsanstalt erheblich zu gefährden". War schon die bisherige diesbezügliche Bestimmung, der Ausschluß sei bei „dringendem Verdacht" durchzuführen, ein Gummiparagraph, so öffnet diese Verschärfung der Willkür der Klassenjustiz Tür und Tor.

• **Waffen- und Kriegswaffenrecht.** Während nach den bisher geltenden Gesetzen nur der **Erwerb** von vollautomatischen Waffen (z. B. eine Maschinenpistole) ohne Genehmigung bestraft wurde, steht künftig allein schon auf das **Mitführen** einer solchen Waffe eine Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren.

Am 14. September verabschiedete die Regierung ein Programm für die „Innere Sicherheit", das vorsieht, daß bis 1981 in Polizei (vor allem im Bundeskriminalamt, Abteilungen „Linksextremismus" und „Terroristenbekämpfung") sowie im Bundesverfassungsschutz 5.000 neue Planstellen geschaffen werden sollen. Dafür sollen rund eine Milliarde Mark an Steuergeldern bereitgestellt werden. Vor allem sollen mit diesen Geldern zusätzliche Sonderkommandos für die Jagd auf „Terroristen" und Revolutionäre und für „den Schutz von Ministern und anderen „gefährdeten Persönlichkeiten" sowie die Bewachung von öffentlichen Gebäuden finanziert werden.

Die Realisierung folgender Gesetze und Maßnahmen wird zur Zeit von der Bonner Regierung ins Auge gefaßt:

• Die Regierung will das Demonstrationsrecht „verfeinern". U. a. soll ein Verbot von Schutzhelmen, Masken und Gasmasken erlassen werden. Personen sollen schon dann bestraft werden können, wenn sie sich „einer Menschenmenge, aus der heraus Gewalttaten begangen werden", nicht fernhalten.

• Die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz beim Abhören von Telefongesprächen und bei der Überwachung von Postsendungen sollen ausgeweitet werden.

• Der § 88 a, der die sogenannte „Befürwortung von Gewalt" unter Strafe stellt, soll verschärft zur Anwendung gebracht werden.

• Das Datenverarbeitungssystem, d. h. die Erfassung aller „verdächtigen" Personen in einer zentralen Datenbank, soll vorangetrieben werden.

Die folgenden Maßnahmen bzw. Gesetze werden in den Bonner Parteien z. Z. diskutiert:

• Einführung der Todesstrafe für Mord und Geiselnahme

• Abschaffung der Zwangsernährung

• Einführung der „Sicherheitsverwahrung". Mit anderen Worten: politische Gefangene, die verurteilt wurden, werden nach Verbüßung ihrer Strafe „sicherheitsverwahrt", d. h., sie können auf unbegrenzte Zeit in Haft gehalten werden.

• Künftig sollen Personen, „die terroristischer Gewalttaten verdächtigt werden oder deswegen angeklagt sind", nicht mehr das Recht haben, sich einen Verteidiger ihrer Wahl zu nehmen, sondern ihnen soll ein Pflichtverteidiger zugewiesen werden.

• Es sollen „Terroristenjagdkommandos aufgestellt werden, die beste Bewaffnung erhalten und keinen bürokratischen Einengungen unterliegen, und die weitgehend selbständig operieren können". Das bedeutet praktisch: Sie brauchen sich auch nicht an die bestehenden Gesetze zu halten.

• Lehrpläne und Schulbücher sollen überprüft werden, ob sie „Terroristische Bestrebungen" begünstigen (z. B. Kritische Ansichten über diesen Staat enthalten).

• Alle Ausländervereinigungen, die „verfassungsfeindliche Ziele verfolgen" sollen verboten werden.

Abgesehen von diesen Maßnahmen, die innerhalb der Bonner Parteien diskutiert werden, hat die CDU angekündigt, daß sie beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag gegen die „K-Gruppen" (womit unter anderem auch die KPD/ML gemeint ist) stellen will.

Bonner Hetze...

Fortsetzung von Seite 1

schistischen Massenmörder bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen. Und er ist allen Beteiligten in Erinnerung geblieben als ein leidenschaftlicher Kämpfer gegen die Todesstrafe, wohlgemerkt, gegen die Todesstrafe für die Verantwortlichen für die ungeheuren Verbrechen der Nazi-Führer.

Diese Kreaturen und der Staat, den sie vertreten, sind niemals dafür, daß Verbrechen gegen das Volk bestraft werden. Sie jammern noch immer über die „unmenschliche Haft" für den Kriegsverbrecher Heß, so wie sie um den Geiselmörder Kappler gejammert haben, bis sie schließlich seine Befreiung in die Wege geleitet haben. Und dieselben Leute wie z. B. der CSU-Abgeordnete Becher und seine Parteifreunde diskutieren heute ernsthaft darüber, ob man nicht, um Schleyer zu befreien, halbstündlich einen politischen Gefangenen erschießen sollte. Und auch die Bonner Regierung läßt offen erkennen, daß sie die Gefangenen in Stammheim und anderswo längst als Geiseln betrachtet. Die Liquidierung von Schleyer, so heißt es, würde „schwer zurückwirken müssen" auf diese Gefangenen.

Sie wollen die von den Massen, vom revolutionären Klassenkampf losgelösten Aktionen einiger sogenannter Terroristen dazu benutzen, ein Klima zu schaffen, in dem sich die Werktätigen an alles gewöhnen sollen. An die Gleichschaltung der öffentlichen Meinung, an die Diskussion über die Einführung der Todesstrafe, daran, daß die Gegner dieses Unterdrückerstaates für vogelfrei erklärt werden.

Und während in den Zeitungen und im Fernsehen ein großer Wirbel um den Buback-Nachruf, um die fortschrittlichen Rechtsanwälte, um oppositionelle Professoren und sogar den Schriftsteller Böll als einem „altgedienten Sympathisanten der Terrorszene" gemacht wird, bereiten die Parlamentsausschüsse in Bonn eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts vor, nach der es z. B. künftig verboten sein soll, sich durch das Tragen von Helmen vor den Knüppel-Kommandos der Polizei zu schützen.

Und gegen wen richtet sich das? Doch nicht gegen eine Handvoll von Attentätern. Und auch nicht in erster Linie gegen die fortschrittlichen Intellektuellen, die jetzt von der Bourgeoisie mit in den Sympathisantentopf geworfen werden. Diese Angriffe gegen das Demonstrationsrecht, gegen die anderen noch bestehenden Rechte, der weitere Ausbau der Staatsschutzorgane wie Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt, der jetzt in Bonn beschlossen wurde, richtet sich gegen die revolutionäre Bewegung, gegen den Kampf der Werktätigen selbst. Die sogenannten Sympathisanten, gegen die jetzt die Herrschenden hetzen, das sind im Grunde alle diejenigen, die sich gegen Unterdrükkung und Ausbeutung wehren.

Und die ständigen Provokationen gegen unsere Partei, die Versuche, den Namen des „Roten Morgen" mit den Aktionen der RAF in Verbindung zu bringen, haben ja deutlich die Richtung gezeigt, in der die Angriffe der Bourgeoisie zielen. Schon jetzt wird das Verbot der sogenannten K-Gruppen, also unserer Partei und anderer Organisationen gefordert, wird bei der Anklage gegen den Göttinger AStA der neue Paragraph 88 a vorgeholt, nach dem jede revolutionäre Propaganda überhaupt verboten werden kann.

Nein, es sind nicht die sogenannten Terroristen, die die Bourgeoisie fürchtet. Es ist der revolutionäre Kampf der Massen und seine Führung durch die kommunistische Partei. Aber diesen Kampf können die Herrschenden weder durch Gesetze und Verbote, noch mit den Waffen ihres Unterdrückerstaats ersticken.

Kurz berichtet

FLENSBURG



In revolutionärer Stimmung fand am 3. 9. 77 in Felnsburg eine Veranstaltung der Partei zum Roten Antikriegstag 1977 statt.

KASSEL

In Kassel versammelten sich auf der Veranstaltung der Partei zum Roten Antikriegstag am 4. 6. 77 rund 45 Freunde und Genossen. Ein Genosse der Partei ging in einer Rede auf die Bedeutung des Roten Antikriegstages ein. Besondere Begeisterung fand der Kasseler AP-Trupp, der ein recht vielfältiges Programm speziell zum Roten Antikriegstag darbot.

WITTEN

Am 17. 9. 77 führte die Ortsgruppe Witten ihre erste öffentliche Veranstaltung durch. Die Genossen zeigten einen Dia-Vortrag über Albanien und berichteten über ihre Reiseerlebnisse aus dem einzigen sozialistischen Land Europas. Über fünfzig Freunde und Genossen waren zu dieser Veranstaltung gekommen. Die meisten von ihnen zum ersten Mal bei einer Parteiveranstaltung, darunter auch mehrere Kossova-Albaner.

Die Genossen führten anschließend noch gute Gespräche über die Politik der Partei und konnten eine Reihe neuer Kontakte knüpfen.

ISERLOHN

„Protest durch Sachbeschädigung" — Schrift auf dem Boden, Stein im Fensterglas" — meldete letzte Woche der Iserlohner Kreisanzeiger und druckte dazu dieses



Bild eines Schaukastens mit Werbeplakaten für den Film „Hitler — eine Karriere" ab. Vor anderthalb Wochen haben die Iserlohner Genossen Flugblätter gegen den Nazifilm verteilt, und sind dabei auf große Zustimmung gestoßen.

DORTMUND

Die Rote Garde in Dortmund veranstaltete kürzlich einen revolutionären Kulturabend, zu dem sich zahlreiche Genossen und Sympathisanten der Roten Garde und der Partei einfanden. Zu Beginn der Veranstaltung wurde ein Referat über die Entwicklung der Volkskunst gehalten. Anschließend hörten und sangen die Genossen und Freunde revolutionäre Kampflieder und Volkslieder. Die Volkstanzgruppe der Roten Garde führte einige Tänze vor. Anschließend war dann Tanz für alle.

Die NATO probt den Krieg

Fortsetzung von Seite 1

wegen der Furchen nicht einsetzen können? Wer hilft ihnen die verwüsteten Felder einzuplanieren? Wer kommt auf für die Folgeschäden? Denn wo ein Panzer den Mutterboden zerstört hat, wächst in den folgenden Jahren weniger.

„So realistisch wie möglich" — das ist die Devise, nach der die NATO ihre Manöver durchführt. So realistisch wie möglich, das heißt für die NATO nicht nur, daß sie die Manöver als Demonstration der Stärke gegenüber dem Warschauer Pakt, dem imperialistischen Militärbündnis der Sozialimperialisten, betrachtet, indem sie Jahr für Jahr immer größere und umfangreichere Manöver abhält und sie immer dichter an die Grenze der DDR verlegt. Das heißt vor allem, daß keinerlei Rücksicht auf das Leben der Soldaten und der Zivilbevölkerung genommen wird, um sie bereits zu Friedenszeiten an den imperialistischen Krieg zu gewöhnen. Und zu einem imperialistischen Krieg gehört natürlich auch der Einsatz von Atomwaffen. „Schlacht um Salzgitter mit Atombombeneinsatz" mit dieser Schlagzeile erschien am 6. September die Salzgitter Zeitung. Sie berichtet von einem NATO-Manöver im Raum Salzgitter, bei dem der Atombombenabwurf auf Salzgitter von britischen und deutschen Truppen erprobt wurde. Skrupellos erklärt der Kommandeur des Manövers, Brigadegeneral B. M. Lane, gegenüber der Zeitung, daß er der Bevölkerung einen realistischen Eindruck davon vermitteln will, wie es ist, wenn die NATO Atombomben über unsere Städte abwirft, wenn alles dem Erdboden gleichgemacht wird und Tausende in den Tod getrieben werden. —

Unfreiwillig geben die Imperialisten so zu verstehen, wie sehr ihnen die Verteidigung unseres Landes tatsächlich am Herzen liegt — so sehr, daß sie die völlige Vernichtung miteinplanen! In den NATO-Manövern geht es nicht um die Verteidigung und den Schutz der Bevölkerung unseres Landes. Was hier verteidigt wird, das ist die Macht und die Herrschaft der Imperialisten. Und die kennt eben nur eins: das Streben nach noch mehr Macht und Herrschaft, die Eroberung und Unterjochung anderer Länder und Nationen. Die NATO steht unter dem Oberbefehl der US-Imperialisten. Sie sind gegenwärtig mit den russischen Sozialimperialisten die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker, die größten Feinde der Revolution und des Sozialismus. Sie ringen weltweit um Hegemonie. Von ihrer Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft geht die Hauptgefahr für den Ausbruch eines neuen imperialistischen Weltkrieges aus.

Und keinem anderen Zweck als der Vorbereitung und Erprobung eines neuen imperialistischen Krieges dienen die NATO-Manöver, die gegenwärtig vom Nordkap bis zum Mittelmeer stattfinden; dienten die Manöver des Warschauer Paktes, die in ähnlichem Umfang und Größe bereits Anfang des Jahres abgehalten wurden. Daran ändert sich auch nichts dadurch, daß am Manöver „Standhafte Chatten" in Hessen zum ersten Mal ein sowjetischer Militärbeobachter teilnimmt. Was dieser Beobachter dort im Manövergebiet zu sehen bekommt, wird für ihn nichts Neues sein. Er kennt es bereits durch die Spione und Agenten des KGB. Dieses Spektakel mit den Militärbeobachtern, das in der Akte von Helsinki vereinbart wurde, dient genauso wie die Entspannungs- und Abrüstungsgespräche nur dem Zweck, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen.

Offen gesagt ...

"Ehrenwerte Herren"...

...lassen sich bekanntlich die Bosse der Mafia nennen, die durch Raub, Korruption, Erpressung, Spekulationen und ihre einträgliche Verfilzung mit Staat, Justiz und Polizei ihre Ganovenlaufbahn finanzieren.

Ohne Zweifel ist Bundeswirtschaftsminister Friderichs ein ehrenwerter Herr. Sein Gewissen ist rein und seine Motive, so liest man, edel und hochstehend wie die aller Bonner Politiker. Opferbereit gibt er seinen Ministerposten auf, um — *„die Resignation in der Wirtschaft aufzufangen"*, geht er zur Dresdner Bank, nur um — das Werk des armen Ponto, der *„so jäh aus seiner Tätigkeit herausgerissen"* wurde, fortzuführen, sozusagen mutig der Perspektive trotzend, einmal unter der Rubrik *„Big Money"* auf Attentäter-Listen zu geraten.

Und was nimmt Herr Friderichs dafür nicht alles in Kauf! Gerade er, der stets den *„zu hohen Löhnen"* und den *„maßlosen konjunkturfeindlichen Lohnforderungen"* die Schuld an der zerrütteten kapitalistischen Wirtschaft gab, muß jetzt, notgedrungen, versteht sich, zulassen, daß er im Monat mehr verdient, als ein Arbeiter im ganzen Jahr: nämlich sage und schreibe 58.000 DM im Monat. Das ist allerdings nur das nackte Nettogehalt des zukünftigen Vorstandssprechers der Dresdner Bank. Noch einmal die gleiche Summe streicht er monatlich an Aufsichtsratstantiemen ein.

Da erkennt man erst einmal, was ein Bonner Minister mit seinen kümmerlichen 13.700 DM Monatsgehalt für ein Hungerleider ist! Doch damit der Schock des großen Geldes für Friderichs nicht so hart wird, zahlt ihm die Bundesregierung aus den Steuergroschen der Werktätigen noch für drei Jahre ein sogenanntes *„Übergangsgeld"* von bescheidenen 6.800 DM monatlich. Dazu kommen in einigen Jahren noch die Pensionen, die Friderichs als Ex-Minister sowie als Ex-Staatssekretär erhält.

Aber mal im Klartext: Natürlich war Friderichs als Bundeswirtschaftsminister ebensowenig wie seine Vorgänger in der Lage, die unabänderlichen Geißeln des kapitalistischen Ausbeutersystems, der Massenarbeitslosigkeit, der Inflation und der Zerrüttung der Staatsfinanzen Herr zu werden. Sicherlich gehen die drohende Renten-Pleite, die Milliarden Steuergeschenke, die das Kapital erhielt, die steuerliche Ausplünderung der Werktätigen nicht nur auf Friderichs persönliches Konto, auch wenn die bürgerliche Propaganda die Illusion erwecken möchte, das Wohl der Arbeiterklasse und des Volkes hänge davon ab, ob dieser oder jener bürgerliche kapitalistische Politiker den Ministersessel in Bonn einnimmt. Gerade der Fall Friderichs beweist das Gegenteil, nämlich, daß der kapitalistische Staatsapparat im Imperialismus vollkommen den Interessen des hohen Finanzkapitals unterworfen und mit ihm verwachsen ist:

Friderichs, der Minister, geht zu den Kommandostellen des Finanzkapitals. Der künftige Minister Graf Lambsdorf kommt eben von dort — er war bislang Bankier und Wirtschaftsmanager...

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

'Rote-Fahne'-Kommentar zur Tito-Tournee

Bruderküsse aus Köln

Daß die Führung der „Gruppe Rote Fahne" eine geradezu zwanghafte Neigung besitzt, die in Mißkredit geratene Außenpolitik gewisser Länder ständig, gefragt oder ungefragt, zu rechtfertigen und aufzupolieren, ist bekannt. Zum Kreis der Persönlichkeiten, die für ihre konterrevolutionären, revisionistischen Machenschaften, wie schmutzig sie auch sein mögen, in Köln nur enthusiastische Lobhudeleien ernten, gehört nun auch der Erzrenegat und imperialistische Lakai Tito. In seinem Kommentar, betitelt „Zum Besuch Titos in Peking", fügt die „Rote Fahne" in ihrer jüngsten Ausgabe den „hundert Blumen" des Revisionismus der „Drei-Welten"-Theoretiker eine neue, besonders übelriechende Blüte hinzu.

Nun, und, wird mancher sagen, *„wie der Herr, so's Gescherr"*. Schließlich gehört der Kniefall vor der Belgrader Rivisionistenclique zum Repertoire aller Revisionisten. Doch die GRF treibt es besonders toll. Nicht nur, daß Tito, der sein Land für eine Handvoll Dollar an Washington verscherbelte und im weiteren zum Vasallen und Sachwalter der US-imperialistischen Hegemonieinteressen auf dem Balkan, sowie zum CIA-Spezialagenten zur Zersetzung sozialistischer Länder herabsank, wegen seiner angeblichen *„Politik der Unabhängigkeit und Blockfreiheit"* stürmisch gefeiert wird, obwohl jedes Kind weiß, daß Tito so „blockfrei" ist wie etwa der Faschist Pinochet. Nicht nur, daß Tito, der seit 30 Jahren eine internationale Verschwörertätigkeit gegen die kommunistische Weltbewegung betreibt und hierfür von Stalin, dem Kominform und allen marxistisch-leninistischen Parteien aus der Weltbewegung ausgestoßen und geächtet wurde, in der „Roten Fahne" für seine Haltung das Prädikat erhält: *„... Solche Haltung ist äußerst positiv und dient der Unabhängigkeit und dem Kampf gegen das Hegemoniestreben."* Auch damit nicht genug, daß die „Rote Fahne" dreist behauptet, das chinesische Volk und die ruhmreiche chinesische Nation hätten *„gemeinsame Interessen"* mit der konterrevolutionären Belgrader Titoisten-Clique.

Nein, die „Rote Fahne" hat es sich zur Aufgabe gemacht, die mißgünstigen Feinde Titos und seiner Politik in Deutschland aufzuspüren und zu brandmarken. Denn, ach, wie immer, wenn es gilt, „antihegemonistische" Bündnisse mit Imperialisten, Revisionisten und Faschisten zu schließen — die sektiererische, verbohrte *„Aust-Schubert-Gruppe"* (neueste Sprachregelung der GRF für die KPD/ML) verdirbt wieder alles! Was sich die KPD/ML diesmal leistst, ist allerdings ein starkes Stück! *„Leute wie Aust und Schubert dagegen möchten Tito am liebsten in Moskaus Arme treiben,"* vernimmt der ungläubige Leser, *„... damit die Wirklichkeit mit ihrem von keinerlei Dialektik getrübten Weltbild übereinstimmt, nach dem... eine Politik oder ein Politiker nur absolut gut oder absolut schlecht sein kann!"*

Zunächst können wir die „Rote Fahne" beruhigen — wir wollen Tito nicht *„in Moskaus Arme treiben"*. Das hieße nämlich, Eulen nach Athen zu tragen. Oder sollte der „Roten Fahne" entgangen sein, daß der frischgebackene Träger des von Breschnew verliehenen „Ordens der Oktoberrevolution" zwei Wochen mit dem Kreml seine Wühlarbeit gegen die kommunistische Weltbewegung koordinierte, bevor er nach Pjöngjang und Peking flog? Tito, der amerikanische Agent, wurde vor mehr als zwei Jahrzehnten zum Motor und Ratgeber der revisionistischen Entartung der Sowjetunion. Mit Wissen und Hilfe Chruschtschows organisierte er den konterrevolutionären Putsch in Ungarn und in Polen,



„Wallstreet-Köter faschistischer Rasse" (Franco und Tito). Sowjetische Karikatur aus dem Jahre 1950.

wurde zur Speerspitze und zum Propagandisten der revisionistischen Entartung in Osteuropa. Später, besonders nach der Umwandlung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Macht, sanierte Tito seine völlig zerrüttete Wirtschaft nicht mehr nur mit Dollar, sondern auch mit Milliarden Rubel, und es ist bisher nicht bekannt, daß der Kreml solche Gelder ausgibt, ohne dann auch entsprechende Dienste zu verlangen und — zu erhalten. Tito braucht also nicht *„in die Arme Moskaus getrieben"* zu werden. Er befindet sich dort seit 20 Jahren, und das ist jedem Marxisten-Leninisten, der je gegen den modernen Revisionismus gekämpft hat, wohl bekannt.

Die GRF-Führer jedoch, im Besitze einer *„Dialektik"*, für die in unserem Weltbild allerdings tatsächlich kein Platz ist, scheuen keine Mühe, zu beweisen, daß Tito so *„absolut schlecht"* nicht sein kann. *„Tito zeigte so erneut"*, schreiben sie, *„daß er ein Politiker anderen Schlages ist als die Honecker, Husak, Schiwkoff, Gierek, Kadar und auch Dubcek..."*

Da ist etwas dran. Denn Tito gelang, woran Dubcek scheiterte: Dollars zu nehmen, ohne die Rubel zu verlieren, die Interessen des USA-Imperialismus wahrzunehmen, und gleichzeitig ein nützlicher Agent des Sozialimperialismus zu sein. Oder wie würde die „Rote Fahne" es bezeichnen, daß Tito es ist, der gerade *„angesichts"*, wie die „Rote Fahne" schreibt, *„der heutigen internationalen Lage, angesichts des Ringens der beiden Supermächte um die Vorherrschaft über Europa und besonders der sowjetischen Versuche, den Balkan unter Kontrolle zu bringen"*, nichts besseres zu tun hat, als vertragsgerecht **beiden** Supermächten die jugoslawischen Häfen weit zu öffnen und als Stützpunkte für ihre gewaltigen Mittelmeerkriegsflotten zu überlassen, damit sie von dort Europa, und vor allem das sozialistische Albanien bedrohen können? Als gezielte Förderung der US- und sozialimperialistischen Hegemoniepolitik, ihrer aggressiven Bestrebungen? Keineswegs, mit Hilfe der besagten *„Dialektik"* wird daraus in der „Roten Fahne" die *„Abwehr des Hegemonismus der beiden Supermächte und vor allem des sowjetischen Sozialimperialismus"!*

Und ausgerechnet, wo Tito so schön beim Abwehren ist, muß die KPD/ML auch noch alte Kamellen ausgraben und *„mit wichtiger Mine auf die Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960 hinweisen"* (In diesen Erklärungen hatten die kommunistischen und Arbeiterparteien noch einmal die Ächtung für alle Zukunft und den schonungslosen Kampf gegen den Titoismus bekräftigt und beschlossen). An diese gemeinsame Generallinie aller kommunistischen Parteien zu erinnern, befand der frischgekürte GRF-Vorsitzende Semler, sei nun wirklich *„pseudolinke Demagogie"*. — Oder aber, verehrter Christian Semler, es liegt an unserem — nach wir vor marxistisch-leninistischen *„Weltbild"*...

Nach alledem erscheint es unverständlich, daß die „Rote Fahne" auch einen (!) Satz der Kritik am titoistischen *„Selbstverwaltungssozialismus"* findet. Die GRF-Führung reagiert doch sonst so feinfühlig auf ausländische Fingerzeige. Sollten sie das von der Nachrichtenagentur „Hsinhua" verbreitete nordkoreanisch-jugoslawische Kommuniqué überlesen haben, in dem Tito für seine *„leuchtenden Erfolge beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft auf der Grundlage der Selbstverwaltung und der Führung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, geführt vom Genossen Josef Broz Tito" „herzlich beglückwünscht"* wird?

Abschließend heißt es im „Rote Fahne"-Kommentar — über die Moskauer Erklärungen von 1957 und 1960 — an unsere Adresse gerichtet: *„Einige Leute tun so, als hätte sich auf der Welt nichts geändert..."*. Heraus mit der Sprache, was hat sich im Fall Tito geändert? Hat sich der konterrevolutionäre Charakter der Tito-Clique geändert? Ist Tito kein Lakai der Supermächte mehr? Ist das Land dieses „Freiheitshelden" kein faschistisches Völkergefängnis mehr? Ist er kein chauvinistischer, aggressiver Feind der Unabhängigkeit und Freiheit der Balkanvölker mehr? Hat er seine Versuche aufgegeben, die SVR Albanien, das einzige sozialistische Land in Europa, das einzige Bollwerk im Kampf gegen die Supermächte und für Freiheit und Unabhängigkeit gerade auf dem Balkan, mit Diversion, Sabotage und Aggression zu vernichten und sich einzuverleiben? Ist, nach alledem, derjenige kein Speichellecker des Revisionismus mehr, der Tito mit Bruderküssen und Lobhudeleien überschüttet? — So viele Fragen, so viele Ohrfeigen für die Redaktion der „Roten Fahne"!

Italien

Arbeiter kämpfen gegen die revisionistischen Verräter

Über tausend Arbeiter in Forli, Norditalien, warten seit zehn Monaten auf ihren Lohn. Der Kapitalist, für den sie gearbeitet haben, hatte sich ein paar Millionen in die Tasche gesteckt und den Konkurs angemeldet. Der Haß der Kollegen richtet sich nicht nur gegen diesen Gangster, sondern auch gegen die Stadtverwaltung von Forli, die nicht den geringsten Versuch unternommen hat, ihre Arbeitsplätze zu retten. Und mit dieser Verwaltung hat es eine besondere Bewandtnis: Sie ist in der Hand der revisionistischen KPI.

Die Arbeiter sagten: „Wenn wir eine christdemokratische Verwaltung gehabt hätten, wären schon drei Monate später Barrikaden aus den Straßen Forlis gewachsen. Stattdessen haben wir zehn Monate gewartet!" Die KPI und die von den Revisionisten beherrschte Gewerkschaft CGIL hatten sich stets als die Vertreter der Arbeiterinteressen aufgespielt. Nun aber zeigte sich wieder in aller Deutlichkeit, daß die Werktätigen sich niemals auf diese Leute verlassen oder darauf warten können, daß die Revisionisten auch nur einen Finger für die Arbeiter rühren. Nun zeigte sich, daß die revisionistischen Bonzen im Rathaus genauso bekämpft werden müssen wie die christdemokratischen.

So nahmen die Arbeiter in Forli ihre Sache in die eigenen Hände. Nachdem alle Proteste bei der Stadtverwaltung nichts genutzt hatten, besetzten die entlassenen Kollegen den Bahnhof und unterbrachen die wichtige Linie von Mailand an die Adria. Schließlich besetzten sie auch das Rathaus, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Und was war die Reaktion der Revisionisten? Sie fielen wie wild über die Arbeiter her, beschimpften sie und beleidigten sie sogar als Faschisten. Einer der kämpfenden Kollegen sagte dazu: „Die Gewerkschaften, voran die CGIL, spielten nur die Feuerwehr, wollten uns beruhigen und nannten uns schließlich Faschisten. Nur weil wir es nach so vielen Monaten satt hatten, Umzüge auf dem Marktplatz zu veranstalten, die überhaupt nichts änderten."

Die revisionistischen Bonzen haben einen ganz besonderen Grund, den Kampf der Arbeiter von Forli zu fürchten: Wie sich inzwischen herausstellte, ist einer von ihnen, Giancarlo Ferri, Besitzer eines großen Aktienpakets der Konkursfirma. Kann man sich eine größere Verkommenheit vorstellen, als die Tatsache, daß Leute sich als Kommunisten bezeichnen, die in Wirklichkeit Ausbeuter der Arbeiter sind, daß diese gleichen Leute kaltschnäuzig Hunderte von Arbeiterfamilien ins Elend stürzen und diejenigen, die sich dagegen wehren, als Faschisten beschimpfen?

Heute ist in Italien der Kapitalist mit dem Parteibuch der KPI keine Seltenheit mehr. Und die Bonzen, angefangen von Berlinguer bis herunter zum kleinen Provinzfürsten, sind nur noch von einem Wunsch beseelt: so schnell wie möglich an die Futterkrippen der Bourgeoisie zu kommen, sich Posten im Staatsapparat, in den Stadtverwaltungen oder sonstwo zu ergattern. Die Posten, die die Herrschenden den Revisionisten zuschanzen, sind der Judaslohn für den vollständigen Verrat dieser Leute am Kommunismus, an den Interessen der Arbeiterklasse. Heute haben die Revisionisten einen engen Pakt mit der christdemokratischen Regierung Andreottis geschlossen, unterstützen sie bedingungslos deren reaktionäre Politik und bilden praktisch mit ihr zusammen eine große Koalition gegen die Werktätigen, gegen das Volk.

Aber die Berlinguer und Co. wollen noch mehr: Sie wollen ganz offiziell als Minister in die bürgerliche Regierung eintreten. Und um sich ihrem christdemokratischen Partner noch besser anzupassen und die Weichen für den Einzug in die Regierungspaläste von Rom zu stellen, hat jetzt der KPI-Boß Lombardo-Radice eine Änderung des Parteistatuts angekündigt. Der „Marxismus-Leninismus" soll daraus gestrichen werden, jedes Mitglied soll künftig auch nach dem Statut seine „persönlichen, philosophischen und religiösen Überzeugungen" haben dürfen, egal, ob es den Papst oder das Kapital anbetet. Das sei aber keineswegs sensationell, betonte Lombardo, denn die „Bezeichnung Marxismus-Leninismus wie auch die Berufung auf die Diktatur des Proletariats sind in der KPI bereits auf natürliche Weise aus dem Gebrauch gekommen".

Und dann hat dieser Herr auch noch die Unverschämtheit, gegenüber den Arbeitern zu beteuern, die KPI würde „marxistisch im Sinne von Marx" bleiben. Natürlich, Tarnung muß sein und wenn diese Leute auch noch das „K" aus ihrem Parteinamen streichen und gleich offen als Sozial-, Christ- oder sonstwelche Demokraten auftreten würden, welchen Wert hätten sie dann noch für die Bourgeoisie als deren Agentur in der Arbeiterbewegung? Aber sie sollen nur nicht glauben, daß sie mit dieser Tarnung auf Dauer die Arbeiterklasse betrügen können. Je offener sie gegen die Kämpfe der Werktätigen auftreten, je mehr sie mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwachsen, desto leichter wird man sie durchschauen. Immer mehr Werktätige gehen schon heute den Weg der Arbeiter von Forli: Sie vertrauen nicht mehr darauf, daß die Bonzen der KPI und der CGIL sich ihrer Sache annehmen würden, sondern sie nehmen, im Vertrauen auf ihre eigenen Kräfte, den Kampf auf, gegen die Bourgeoisie und gegen das revisionistische Verräterpack.

DBR-und DDR-Imperialisten - gemeinsam gegen die Völker

„Pack schlägt sich — Pack verträgt sich", heißt es. Der Spruch paßt gut auf die Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin. Wenn es darum geht, andere Völker auszuplündern, Profite zu machen, dann ist sich Honecker einig mit den Finanzkapitalisten der BRD. Auf der Leipziger Messe bot er ihnen eine Zusammenarbeit in „Drittländern" an.

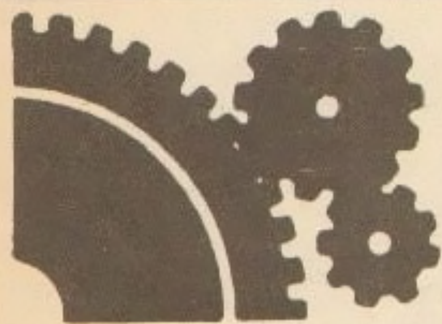
Daß die westdeutschen Imperialisten die Länder Afrikas, Lateinamerikas, Asiens ausplündern, ist bekannt. Scheinheilig zetert das „Neue Deutschland", Zentralorgan der SED, darüber. Gar zu gern möchten sich die modernen Revisionisten hinstellen als antiimperialistische Kämpfer, als die Vorkämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit. Über die eigenen Geschäfte mit Chile, Südafrika und anderen faschistischen Ländern schweigt man natürlich tunlichst. Doch wo immer Bonn ein Geschäft abschließt, wann immer die Krupp, Hoesch und BASF eine Fabrik im Iran, in Brasilien oder Spanien bauen — die Honecker-Clique prangert es an.

Nur solange allerdings, wie sie selbst nicht mitverdienen können. Schon in seiner Messe-Eröffnungsrede „regte" Honecker an, sein Regime wolle die „Zusammenarbeit mit westdeutschen Firmen" in anderen Ländern verstärken.

Zu deutsch: Gemeinsam sollen in Zukunft mehr dieser Ausbeuterprojekte geplant, finanziert, gebaut werden, gemeinsam will man aus der Armut und dem Elend der unterdrückten Völker Profit schlagen. In Griechenland und im Sudan bestehen solche Projekte bereits. Man kann sich vorstellen, wie die Sache läuft: Die westdeutschen Imperialisten liefern hauptsächlich Kapital, die DDR-Revisionisten finanzieren mit und verleihen das Attribut „sozialistisch". So können beide hoffen, neue Märkte zu erschließen, noch bessere Geschäfte zu machen. Die Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen Imperialisten und den ungarischen, jugoslawischen und rumänischen Revisionisten in anderen Ländern funktioniert ja bereits bestens.

Man kann die Ausbeuter und Unterdrücker der Welt einteilen wie man will — in sogenannte blockfreie wie Rumänien und Jugoslawien, in Imperialisten der zweiten Welt wie die Bundesrepublik oder in „Lakaien des Sozialimperialismus" — in einem sind sie immer einig: wenn es darum geht, andere Völker auszubeuten.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

So rationalisiert Klöckner

Liebe Genossen!

Nach wie vor steht bei uns auf der Klöckner-Hütte in Bremen die Vernichtung von mindestens 450 Arbeitsplätzen auf der Tagesordnung. „Nicht lebenswichtige Funktionen" sollen eingespart werden, sagte dazu ein Direktor auf der letzten Betriebsversammlung. Unter anderem gehören zu den Arbeitsplätzen, die auf der Abschußliste stehen, vier Stellen bei den Sanitätern und zwei bei der Betriebsfeuerwehr.

Natürlich dient bei uns, wie auch in anderen Betrieben, die Feuerwehr hauptsächlich zur Rettung von Material und Anlagen und nicht von Menschen.

Aber trotzdem ist es ein Unterschied, ob bei schweren Unfällen die Betriebsfeuerwehr einsatzbereit ist, um auch die Verletzten zu bergen, oder ob von den weitentfernten Wachen aus der Stadt die Feuerwehr anrückt, die sich noch dazu im Betrieb nicht auskennt.

Schon immer klagten die Kollegen von der Betriebsfeuerwehr über zu geringe Besatzung. Es kommt oft vor, daß außer dem Krankenwagenfahrer und dem Kollegen am Telefon niemand mehr auf der Wache ist. Oft sind Feuerwehrleute oben am Hochofen oder im Keller unter dem Walzwerk eingesetzt, wo sie über Funk nicht erreichbar sind. Die „Einsparung" der beiden Plätze bei der Feuerwehr beeinträchtigt die Sicherheit der Kollegen noch mehr.

Neulich erzählte uns ein Feuerwehrmann, daß die Feuerwehr auch noch andere Aufgaben hat. Am neuen Verwaltungsgebäude, dem Renommierstück der Klöckner-Kapitalisten, wurden mit einem Löschfahrzeug die Anpflanzungen gesprengt — natürlich auf Nachtschicht, damit es keiner sieht.

Rotfront!
Ein Genosse von Klöckner

Zeitnehmer bei der Post

Liebe Genossen!

Ich möchte euch berichten, was mir neulich ein Bekannter, der bei der Post arbeitet, erzählt hat: Er ist Briefträger und arbeitet täglich von morgens sieben Uhr bis nachmittags zwischen 13 und 15 Uhr je nach Postaufkommen.

Kürzlich waren Zeitnehmer in ihrer Dienststelle, die prüfen sollten, wie lange man denn eigentlich zum Austragen der Post braucht.

Sie hatten sich gerade die Zeit im Sommer ausgesucht, in der regelmäßig weniger Post anfällt (Ferien- und Urlaubszeit).

So stellten sie denn auch fest, daß für das Austragen der Post eine Stunde in der Woche zu viel veranschlagt worden ist. Diese Stunde muß mein Bekannter nun an einem Nachmittag in der Woche zusätzlich arbeiten, obwohl sich an seiner Arbeitsbelastung im ganzen Jahr nichts geändert hat.

Für ihn bedeutet das, daß er für denselben Lohn im Monat vier Stunden mehr arbeiten muß. So spart die Post Geld und eine zusätzliche Arbeitskraft ein. Wie man sieht: Rationalisierung und Abbau von Arbeitsplätzen auch bei der Post! Kein Gedanke an Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, im Gegenteil!

Rotfront!
Ein Sympathisant aus Kiel

Textilzar im Exil

Liebe Genossen!

Im Januar 76 erregte der Zusammenbruch des Glöggler-Textilkonzerns in ganz Schwaben und vor allem in Augsburg, wo dem Kapitalisten Glöggler die „Spinnerei und Weberei Augsburg" (SWA) gehörte, großes Aufsehen. Der Konzern war aufgrund riesiger Schulden, die auf ihm lasteten, in Konkurs gegangen. Verschiedene Banken, hauptsächlich die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft, hatten Glöggler Millionensummen geliehen, die er nicht zurückzahlen konnte.

Die Geschäfte des sogenannten „Textilzars" Hans Glöggler waren derart schmutzig, daß sich sogar die Staatsanwaltschaft genötigt sah, gegen ihn wegen Betrügereien, Fälschungen u. ä. zu ermitteln und einen Haftbefehl auszustellen, allerdings erst, nachdem sicher war, daß er sich nicht mehr in Deutschland aufhielt.

Damals wußte die bürgerliche Presse fast täglich über die verschiedenen Machenschaften des „Textilzars" zu berichten, vor allem auch, um die Wut der Arbeiter auf diesen einen Ausbeuter, der sich ja schon im sicheren Ausland aufhielt, zu lenken, und von seinen Komplizen, die die Arbeiter von SWA weiter ausbeuten, abzulenken.

Heute ist es im bürgerlichen Blätterwald ruhig geworden, nur ab und zu raschelt es mal wieder, wenn jemand den „Textilzar" in Österreich, der Schweiz oder Liechtenstein gesehen haben will. Um das Los der Arbeiterinnen und Arbeiter (es sind vor allem Frauen) schert man sich einen Dreck. Wie es ihnen ergangen ist, sollte einmal der „Rote Morgen" bringen.

Die ehemaligen Komplizen dieses Verbrechers, die Banken, allen voran die BfG, setzten einen Konkursverwalter ein. Der ließ die Webstühle und Spinnmaschinen schneller stellen und warf nach und nach die Hälfte der Belegschaft auf die Straße. Prompt brüstete sich die Gewerkschaft damit, daß die Arbeiter es ihnen zu verdanken hätten, wenn sie ihre Arbeitsplätze behalten könnten. Die Betriebsräte gingen mit Versprechungen und Drohungen daran, alle Arbeiterinnen und Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaft zu bewegen, damit sich die Bonzen nicht nur an ihrer Arbeit, sondern auch an den Beiträgen mästen können.

Nicht anders als jeder andere Kapitalist lassen die Bonzen die Arbeiter völlig im Unklaren, ob der Betrieb bald dicht macht oder nicht. Ihre einzige Sorge ist, durch brutale Arbeitshetze aus den restlichen Arbeitern das rauszuholen, was sie an Glöggler eingebüßt haben. Und wenn es mit SWA mal zu Ende geht, dann schmeißen sie auch den Rest noch auf die Straße.

Schon geht unter den Kollegen das Gerücht, daß die Belegschaft erneut halbiert wird. Dann soll wohl eine Spinnerin gleich zwei Maschinen bedienen. Neulich entdeckten mehrere Arbeiterinnen, daß ihnen der Akkord um 25 Pfennig gekürzt worden ist. Seit längerer Zeit wird bei SWA kurzgearbeitet, was die Bonzen nicht hindert, gleichzeitig Nachtschicht fahren zu lassen.

Ja, die Gewerkschaftsbonzen verstehen sich eben nicht nur aufs Mitbestimmen, sondern sie könnten den anderen Kapitalisten geradezu ein Beispiel geben, wie man die Arbeiter bis auf die Knochen aussaugt. Aber durch ihre „unternehmerische Initiative" bei SWA erkennen die Kollegen immer mehr den wahren Charakter der DGB-Gewerkschaften. So gibt es Arbeiterinnen, die sich trotz der Drohungen der Betriebsräte bis heute nicht erpressen ließen, auch noch den Gewerkschaftsbeitrag für dieses Pack abzuliefern.

10. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie

Von Widerstand gegen Stillegungen keine Rede

Am 2. September ging in Essen der 10. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie über die Bühne. Einer der Hauptpunkte war dabei das Thema Energiepolitik. IG-Bergbau-Boß Adolf Schmidt selbst hielt dazu das Referat.

Wie nicht anders zu erwarten, betonte Schmidt auch bei dieser Gelegenheit erneut, daß das volksfeindliche Energieprogramm der Bonner Regierung die uneingeschränkte Unterstützung der IG-Bergbau und Energie habe. Wie immer hetzte er auch hier gegen die Anti-Kernkraftwerks-Bewegung, leugnete er die Gefahren und die Bedrohung ab, die von dem Bau der Kernkraftwerke für das werktätige Volk ausgehen und verbreitete das Märchen, die geplanten und im Bau befindlichen Kernkraftwerke würden langfristig die Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau sichern.

Für die Bergarbeiter, die Kumpels, die auf den Zechen und Kokereien arbeiten, stellt sich natürlich als dringendstes Problem, das ihnen auf den Nägeln brennt, die Bedrohung ihrer Arbeitsplätze. 30 Millionen Tonnen Kohle liegen jetzt bereits auf Halde, mehr als je zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik. Und nun haben die Ruhrkohle-Kapitalisten bekanntgegeben, daß bis Ende 1978 von den jetzt noch vorhandenen 19 Kokereien fünf stillgelegt werden sollen. 1.600 Arbeitsplätze werden dadurch vernichtet.

Die Kumpels stehen angesichts dieser Lage vor der dringenden Notwendigkeit, sich gegen die skrupellosen Angriffe auf ihre Arbeitsplätze zu wehren, den Kampf gegen die Stillegungen zu organisieren. Und dieser Kampf ist ja nicht nur deshalb notwendig, damit die 1.600 Arbeitsplätze erhalten bleiben. Wo Kokereien stillgelegt werden, da folgen letztlich auch Schachtanlagen. Wenn die Kokereikapazität derart drastisch eingeschränkt wird (um 3,8 Millionen Tonnen soll sie gesenkt werden), dann kann man sich an fünf Fingern abzählen, daß auch die Kohlenförderung weiter heruntergedrückt werden soll, daß auch weitere Zechenstillegungen ins Auge gefaßt werden.

Hat sich nun der Gewerkschaftstag in Essen etwa mit der Frage befaßt, was gegen die geplanten Stillegungen unternommen werden soll, welche Schritte getan werden müssen, um einen machtvollen Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze zu entfesseln? Mitnichten!

Von Kampf und Widerstand gegen den brutalen Angriff der Ruhrkohle AG auf die Arbeitsplätze wurde von den Rednern des Gewerkschaftstages kein einziges Wort verloren. Und wie sollte auch — haben sich doch die Herren „Arbeitnehmervertreter" in den paritätisch mitbestimmten Aufsichtsräten der RAG und ihrer einzelnen Bergbau AGs ausnahmslos für die Stillegungen ausgesprochen.

Und sie stehen damit keineswegs im Gegensatz zu den anderen Bonzen des IG-Bergbau-Apparats. Auf dem Gewerkschaftstag verkündete Schmidt selbst voller Stolz, daß die „Arbeitsgemeinschaft der Gesamtbetriebsräte" zusammen mit „den Kollegen des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau und Energie" eine Beratung durchgeführt hätten, auf der beschlossen worden sei, den „Kollegen im Aufsichtsrat" zu empfehlen, den Stillegungen zuzustimmen. Können diese Bonzen noch deutlicher zeigen, daß sie durch und durch Feinde der Arbeiterklasse, elende Komplizen und Handlanger der Ruhrkohle-Kapitalisten sind?

Adolf Schmidt ist ein Gewerkschaftsführer, der seine schmutzige reaktionäre Gesinnung noch weniger zu tarnen versucht, als andere DGB-Bonzen. So erdreistete er sich sogar, in seinem Referat zu erklären: „Diese Zustimmung (zu den Stillegungen) ist nach unserer Überzeugung und nach den Zusammenhängen, wie wir sie sehen, notwendig, damit größerer Schaden von der Kokereikapazität der Ruhrkohle AG insgesamt abgewendet wird und damit sich die in diesem Bereich vorhandene Gefahr nicht übersetzt auf die Schachtanlagen, auf die Grubenbetriebe."

Mit anderen Worten: die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen soll der Sicherung von Arbeitsplätzen dienen. Diese Kapitalistenlogik, nach der natürlich alle Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse gleichzeitig zum Nutzen der Arbeiter seien, ist doch eine offene Verhöhnung des Kampfes, den jetzt in immer wachsender Entschlossenheit die Arbeiter und kleinen Angestellten gegen Arbeitslosigkeit, gegen Stillegungen und Massenentlassungen führen.

Der schmutzige Hintergedanke, den Schmidt und Konsorten mit ihrer Demagogie verfolgen, ist dabei der, die Arbeiter zu spalten. Diejenigen, die durch die jetzigen Stillegungen noch nicht unmittelbar betroffen sind, sollen sich daran klammern, daß die Vernichtung der Arbeitsplätze ihrer Kollegen angeblich den eigenen Arbeitsplatz sicherer macht. Aber solche schamlosen Versuche, die Angst vor Arbeitslosigkeit im Interesse von „Ruhe und Ordnung" gegen den Kampf der Arbeiter auszuspielen, verfangen immer weniger.

Auch die Bonzen des IG-Bergbau-Apparates selbst vertrauen nur noch schwach auf die Wirkung ihrer lügenhaften Argumente. Sie spüren die wachsende Empörung unter den Kumpels gegen ihren widerlichen Verrat. So haben sie den Essener Gewerkschaftstag praktisch hinter verschlossenen Türen vorbereitet und durchgeführt. Kaum ein einfaches Mitglied der Gewerkschaft wußte überhaupt vorher von dem Gewerkschaftstag, von irgendwelchen öffentlichen Delegiertenwahlen, von der Möglichkeit, daß der einfache Kumpel seine Forderungen aufs Tapet bringen kann, ganz zu schweigen. Wenn überhaupt, dann erfuhr die Masse der Gewerkschaftsmitglieder erst hinterher aus der IG-Bergbau-Zeitung „Einheit" etwas von dem Essener Kongreß.

Sondertarifvertrag für Jugendliche

Gesetzlich sanktionierte Erpressung

Die Kapitalisten der Chemieindustrie und die Bonzen der IG-Chemie haben jetzt einen Sondertarifvertrag zur Einstellung von Hauptschülern ohne Abschluß vereinbart. Dieser Vertrag beinhaltet, daß die betroffenen Jugendlichen rund ein Jahr lang für ein Almosen, nämlich für 90 Prozent der Ausbildungsvergütung, die ein Lehrling im ersten Lehrjahr erhält, arbeiten müssen.

Sie stehen in diesem Jahr jedoch nicht etwa in einem Ausbildungsverhältnis. Sie sind in dieser Zeit Hilfsarbeiter, die nicht einmal einen richtigen Lohn, sondern nur eine sogenannte „Vergütung" von ca. 300 DM erhalten, weniger, als ein Lehrling im ersten Jahr bekommt.

Nun ist es auch nicht so, daß die Unternehmer verpflichtet sind, ihnen anschließend eine Lehrstelle zu geben. Nur ein Teil wird eine Lehrstelle erhalten. Die anderen werden als ungelernte Jungarbeiter eingestellt. Und man muß davon ausgehen, daß die Kapitalisten auch einen Teil derer, die sie ein Jahr lang für ein Almosen ausgebeutet haben, danach unter irgendwelchen Vorwänden wieder auf die Straße werfen.

Dieser Tarifvertrag ist ein ungeheuerlicher Angriff auf die Interessen der Arbeiterjugend. IG-Chemie-Vorstandsmitglied Hermann Rappe (gleichzeitig SPD-Bundestagsabgeordneter) besaß auch noch die Unverschämtheit, zu erklären, dieser Vertrag solle auch ein Modell für andere Industriezweige sein. Haben die DGB-Bonzen und auch Vertreter der SPD nicht in letzter Zeit groß getönt, sie würden nicht zulassen, daß die Unternehmer das Jugendarbeitsschutzgesetz aushöhlen? Haben sie nicht so getan, als seien sie gegen die unverschämte Forderung, die von CDU-Politikern offen erhoben wurde, daß Arbeitsschutzbestimmungen aus diesem Gesetz zu streichen seien, weil sie die sogenannte „Ausbildungsbereitschaft" der Unternehmer hemmen würden? Jetzt zeigt sich, was hinter den Beteuerungen der DGB-Bonzen und „arbeiterfreundlichen" SPD-Politiker steckt. Nichts als Heuchelei, um sich in ein günstiges Licht zu stellen. Dieser Tarifvertrag ist doch gerade der erste große Schritt zum Abbau der wenigen Rechte der Arbeiterjugend. Er ist eine gesetzlich sanktionierte Form der Erpressung.

Was bedeutet denn dieser Schandvertrag anderes, als daß die Jugendlichen ohne Schulabschluß ein Jahr lang fast umsonst für die Kapitalisten arbeiten müssen, nur damit sie überhaupt eine Chance haben, vor dem elenden Schicksal der Arbeitslosigkeit bewahrt zu werden? Was bedeutet das denn anderes, als daß die Gewerkschaft dies für recht und billig erklärt? Was eine zunehmende Zahl von Kleinunternehmern jenseits der Legalität praktizieren, daß sie Anwärter auf eine Lehrstelle monatelang umsonst „zur Probe" für sich arbeiten lassen, und wogegen der Staat laut NRW-Arbeitsminister Farthmann „nichts machen kann", weil die Eltern es ja dulden würden, — hier wird es doch praktisch mit Hilfe des Gewerkschaftsapparats zum erklärten und gesetzlich untermauerten Recht der Kapitalisten, der Großkonzerne wie BASF, Höchst und Bayer erhoben.

So unterstützen unsere angeblichen „Interessenvertreter" offen und schamlos, daß das von den Kapitalisten geschaffene Elend der Arbeitslosigkeit skrupellos ausgenutzt wird, um die Arbeiterklasse zu erpressen, ihr die wenigen in Jahrzehnten erkämpften Rechte zu rauben, und Formen der Ausbeutung wieder einzuführen, die an Zeiten des Frühkapitalismus erinnern, als sich das Proletariat noch die allergrundlegendsten Rechte erkämpfen mußte.

Die Arbeiterklasse und die proletarische Jugend muß sich gegen die immer unverfroreneren Angriffe der Kapitalisten und ihrer Handlanger mit aller Kraft wehren. Diese Angriffe zeigen aber gleichzeitig auch, daß der Kapitalismus seine totale Arbeiterfeindlichkeit niemals verloren hat und verlieren wird. Er bietet der Arbeiterjugend keine Perspektive, sondern stürzt sie zunehmend ins Elend.

Kongress der Bonzen und Arbeiterverräter

Fortsetzung von Seite 1

lem Lohnausgleich. Allerdings hat die Antragskommission sie schon gleich entsprechend entschärft. Sie hat sie als einen von einer Reihe verschiedener Punkte in ein Forderungspaket gepackt (u. a. Verlängerung des Urlaubs auf sechs Wochen, Erholungszeit von sechs Minuten), damit dann die Gewerkschaftsführung sich aussuchen kann, welche Forderung sie überhaupt aufgreift und welche sie „vorerst ruhen läßt".

Zudem wurde der Entschließung noch der Satz angehängt: „Die Entscheidungsgremien der Organisation werden zum jeweiligen Zeitpunkt die Forderungen im einzelnen festlegen." Aber selbst diese Gummi-Entschließung ging IGM-Boß Loderer noch zu weit. Er lehnt die Aufnahme der Forderung nach der 35-Stunden-Woche überhaupt ab. Begründung: Der Vorstand müsse „freie Hand" behalten. Freie Hand wofür? Nach den Worten Loderers für die „Flexibilität", um je nach Situation diese oder jene Forderung stellen zu können. Das ist natürlich eine Lüge. **Freie Hand brauchen Loderer und der IGM-Apparat vielmehr dazu, um mit den Forderungen und Interessen der Arbeiter Schindluder zu treiben und um den Kampf für die 35-Stunden-Woche zu sabotieren.**



„Konzertierte Aktion" gegen die Arbeiterklasse. Vetter und Loderer im Kreise der Vertreter der Konzerne und der Bonner Regierung.

Schon auf dem letzten Gewerkschaftstag der IGM vor drei Jahren war die 35-Stunden-Woche aufs Tapet gebracht worden. Damals wurde jedoch über die Forderung nicht abgestimmt, sondern der Antrag wurde auf Empfehlung der Antragskommission dem Vorstand „als Material überwiesen". Jetzt heißt es dazu im Bericht des Vorstands an die Delegierten des 12. Gewerkschaftstages zur „Erledigung" dieses Antrags: „Die IG Metall geht davon aus, daß Arbeitszeitverkürzungen auch durch Verlängerung des tariflichen Urlaubs erreicht werden können."

Die meisten Forderungen jedoch, die in den Betrieben diskutiert werden und die die tatsächlichen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen, kommen auf dem Gewerkschaftstag gar nicht aufs Tapet. Sie werden schon in den Vertreterversammlungen, die berechtigt sind, Anträge zu stellen, abgeblockt. Sofern sie aber diese Barriere überwinden, geraten sie in die Hände der Antragskommission, in der natürlich nur eingefleischte Arbeiterverräter und Bonzen sitzen. Hier werden sie „bearbeitet", d. h. entweder umgemodelt, entschärft und den vom Vorstand vorgegebenen Leitlinien zugeordnet, oder „als Material dem Vorstand" überwiesen, also praktisch kurzerhand unter den Tisch gefegt. Manche Forderungen, die die Bonzen als undiskutabel und „viel zu radikal" betrachten, werden den Delegierten zur Ablehnung empfohlen.

Wenn auf Gewerkschaftstagen des DGB überhaupt Forderungen der Arbeiterklasse aufgegriffen werden, dann nur insofern, als dies notwendig ist, um unter den Mitgliedern in den Betrieben noch Illusionen am Leben zu halten. Es soll der Anschein erweckt werden, als vertrete der DGB-Apparat doch noch, wenn auch nur halbherzig und lasch, zu einem gewissen Grad die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten. Aber lassen wir uns nicht täuschen! Der DGB-Apparat vertritt keineswegs unsere Interessen, auch nicht lasch oder halbherzig. Er steht vielmehr auf der anderen Seite der Barrikade, er hilft den Kapitalisten, die Arbeiterklasse zu unterdrücken.

Aus „optischen Gründen" kommen zwar einige Forderungen der Arbeiter bei den Gewerkschaftskongressen aufs Tapet und werden manchmal sogar, wenn auch in völlig unverbindlicher Form, per Abstimmung angenommen. Geht es aber dann darum, die Forderungen durchzusetzen, dann tut der Gewerkschaftsapparat nichts, um die Belegschaften zum Kampf zu mobilisieren. Im Gegenteil! Er versucht alles, um ernsthafte Kämpfe zu unterbinden. Kommt es dennoch zu Kämpfen, wiegelt er ab und nutzt seinen Einfluß in der Arbeiterschaft, um den Kampf abzuwürgen.

Natürlich würde der DGB-Apparat es nicht schaffen, immer wieder die Kämpfe der Arbeiterklasse abzuwürgen oder zu spalten, würde er nicht geschickt an den Interessen und Forderungen der Kollegen anknüpfen. Er greift unsere Forderungen auf, stellt sie jedoch dann in den Rahmen seiner Politik der Klassenversöhnung und des Paktierens mit den Kapitalisten. Scheinbar setzt er sich also für die Interessen der Arbeiter und gegen die Kapitalisten ein, aber gleichzeitig will er den ausgebeuteten und unterdrückten Massen seine Sozialpartnerschaftskumpanei mit dem Kapital schmackhaft machen.

Der DGB-Apparat verläßt sich allerdings nicht allein auf die Wirkung seiner Klassenversöhnungs- und Mitbestimmungspropaganda. Er sichert seine Politik auch durch Abkommen mit den Kapitalisten, durch Gesetze und Tarifvereinbarungen und auf entsprechende Bestimmungen in den DGB-Satzungen bzw. den Satzungen der Einzelgewerkschaften. Mit diesen Instrumenten soll die Arbeiterklasse auf die Klassenversöhnungspolitik festgenagelt werden, als da sind: Mitbestimmung, Konzertierte Aktion, das Schlichtungsabkommen usw.

Es ist bezeichnend, daß Anträge und Forderungen, die sich gegen diese Stützpfeiler der Klassenversöhnungspolitik richten, vom Gewerkschaftsapparat immer kompromißlos abgeschmettert werden. Allerdings wächst der Widerstand der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Sozialpartnerschaftspolitik immer mehr. Immer mehr klassenbewußte Gewerkschafter sehen klar, daß solche Einrichtungen wie die Konzertierte Aktion praktisch zur Unterdrückung des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, zur Durchsetzung der Profitinteressen der Kapitalisten dienen, daß sie einen Hebel für die Streikbruchtaktik der Gewerkschaftsbonzen bilden.

Der Gewerkschaftsapparat ist daher gezwungen, Forderungen wie nach Austritt aus der Konzertierten Aktion auf den Gewerkschaftstagen debattieren zu lassen. Meist sind es die DKP-Revisionisten, die mit solchen Anträgen im Gewerkschaftsapparat auftreten. Sie wollen sich damit den Ruf des „radikalen Flügels" im Gewerkschaftsapparat verschaffen, einer „Opposition" gegen „die rechten Gewerkschaftsführer". Damit soll verschleiert werden, daß der Gewerkschaftsapparat insgesamt und durch und durch arbeiterfeindlich ist und soll die Hetze gegen jede konsequente Opposition, gegen den kompromißlosen Kampf gegen Sozialpartnerschaftskumpanei und Arbeiterverrat als „Spaltertum", als „gewerkschaftsfeindlich" glaubhaft gemacht werden. Letztlich werden solche Anträge natürlich dann immer abgelehnt und bilden nur ein Feigenblatt für den DGB-Apparat.

Das gleiche gilt auch für Anträge, die sich gegen die diktatorischen Machtpositionen der Führungsspitze und des bürokratischen Apparats richten, die die Abschaffung undemokratischer Satzungsbestimmungen und mehr demokratische Rechte für die Mitglieder fordern. Nehmen wir die berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse, nach denen jeder revolutionäre Kollege und vor allem jeder Kommunist ohne Verfahren ausgeschlossen werden kann. Oder nehmen wir die undemokratische 75%-Klausel, nach der bei einem Streik sich mindestens 75% der Gewerkschaftsmitglieder in der zweiten Urabstimmung gegen ein Verhandlungsergebnis aussprechen müssen, um dieses Ergebnis zu Fall zu bringen, wenn es ein fauler Kompromiß ist, und den Streik weiterzuführen. Denken wir an die Tatsache, daß die Bezirksleitungen nicht gewählt, sondern vom Vorstand einfach eingesetzt werden usw. usf. Anträge in dieser Richtung haben natürlich auf einem Gewerkschaftskongreß nicht die geringste Chance. Sie werden gewöhnlich von der Antragskommission den Delegierten zur Ablehnung empfohlen.

Manche Leute wollen uns glauben machen, der reaktionäre Charakter des DGB-Apparats werde nur durch eine Handvoll reaktionärer Führer an der Führungsspitze hervorgerufen und man brauche nur diese Führer abzuwählen, um den DGB zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen. Natürlich sind die DGB-Führer völlig reaktionär. Aber nicht darin liegt der ausschlaggebende Grund für die Arbeiterfeindlichkeit des DGB-Apparats, sondern umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nur weil diese Leute so erprobte Verräter und Feinde der Arbeiterklasse sind, konnten sie überhaupt in die Spitzenpositionen des DGB-Apparats aufrücken.

Der DGB war noch nie eine Kampforganisation der Arbeiterklasse, ganz im Gegenteil! Nach dem zweiten Weltkrieg wurde er von den westlichen Besatzungsmächten und der deutschen Bourgeoisie aufgebaut. Der amerikanische Geheimdienst führte dabei Regie. Alle spontan entstandenen gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse wurden dagegen von den Besatzern zerschlagen. So ist der DGB-Apparat nicht nur mit dem Finanzkapital verwachsen (einerseits durch den gewerkschaftseigenen Konzern, der einer der größten der Bundesrepublik ist, andererseits durch seine Mitbestimmungssessel in den Aufsichtsräten der anderen Konzerne), sondern auch mit der kapitalistischen Staatsmacht.

Wenn die DKP-Revisionisten und einige andere opportunistische Gruppen die Losung ausgeben, der DGB-Apparat könne durch entsprechenden Druck seitens der Gewerkschaftsbasis durch das Abwählen einiger Führer dazu gebracht werden, eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu machen, so wollen sie damit nur den konsequenten Kampf gegen diesen arbeiterfeindlichen Apparat abwiegeln, wollen sie sich dem Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder gegen den DGB-Apparat, gegen die Politik der Klassenversöhnung, für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse in den Weg stellen. Aber die Einheit der Arbeiterklasse kann niemals mit, sondern nur gegen den DGB-Apparat geschmiedet werden.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Das ist ungeheuerlich!

Da muß ein Dreher buchstäblich seinen Kopf hinhalten, damit die neu angeschafften programmierten Drehbänke in der Dreherei der Berzeliusstraße immer laufen und Profit bringen. Dabei flogen ihm dann die Brocken um die Ohren, und er mußte mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus. Jetzt soll ihm auch noch die Schuld in die Schuhe geschoben werden, damit die Firma von den Folgen und Kosten verschont bleibt!



Worum geht es? Im Juli ereignete sich an dem Drehautomaten ein schwerer Unfall: Vorrichtung samt Werkstück löste sich aus dem Spannfutter und flog dem Kollegen an den Kopf.

Folgende Tatsachen zeigen klar und eindeutig, wer die Verantwortung für diesen Unfall trägt:

— Der Kollege wurde ersatzweise an die Maschine gestellt, weil sein Vorgänger krank wurde. Dabei erhielt er keine genügende Einarbeitungszeit und mangelnde Einweisung in die Gefahren dieser Maschine. Nach kurzer Zeit mußte er bereits Akkord arbeiten.

— Die Vorrichtung, die er benutzte, konnte völlig beliebig in das Backenfutter gespannt werden — ohne Rezest, ohne Anschlag. Dies ist bei dem hydraulischen Spannfutter des Automaten äußerst gefährlich, weil Werkstücke verkantet eingespannt werden können und sich so leicht lösen. Dieses Sicherheitsrisiko wurde bei der Konstruktion der Vorrichtung also bewußt in Kauf genommen, um Kosten zu sparen.

— In die Vorrichtung werden verschiedene **nicht gekennzeichnete** Buchsen zur Aufnahme des Werkstücks eingesetzt. Der Kollege hatte die falsche erwischt, so daß sein Werkstück gar nicht fest eingespannt war.

— Außerdem wurde auch noch neben vielen anderen „Kleinigkeiten" festgestellt, daß der Betriebsdruck für die hydraulischen Spannarmaturen um zwei atü zu niedrig war!

Es ist also eindeutig, daß die Verantwortung für diesen Unfall bei der Firma und nicht bei dem Kollegen liegt!

STILL wollte mit unsicheren Werkzeugen und oberflächlicher Einweisung des Kollegen Kosten sparen und gleichzeitig verhindern, daß die Maschine ein paar Stunden ungenutzt stillsteht.

Die Ursache des Betriebsunfalls ist die Profitgier der Kapitalisten!

Der Kollege hatte noch Glück, daß ihn der Unfall nicht das Leben gekostet hat.

Er ist bereits wieder zu Hause. Doch niemand kann genau sagen, welche Spätfolgen da noch auftauchen.

Es zeugt wirklich von grenzenloser Menschenverachtung und Zynismus, wenn jetzt die Berufsgenossenschaft daherkommt und dem Kollegen die Schuld in die Schuhe schieben will. (Da sieht man mal wieder, daß die voll auf der Seite der Kapitalisten stehen.)

Für den Kollegen bedeutet das nämlich, daß er bei möglichen Rehabilitations- und Umschulungskosten selbst zur Kasse gebeten würde und eventuell mit der Rente Schwierigkeiten bekäme. Die Kollegen in der Dreherei haben deshalb auch schon von Anfang an klar gesagt:

„Wenn dem die Schuld in die Schuhe geschoben wird, steht hier der Laden still!"

Volle Übernahme der Verantwortung für den Unfall und die Folgekosten durch die Firma!

Bunkerbemalung-offener Hohn!

„Wie macht man Bunker von außen schön und ‚friedlich'?" Darüber wird in Bremen derzeit viel gestritten. Ausführlich berichten die Zeitungen, daß der Bürger hier mitentscheiden soll.

Was soll das Gerede über schöne Bunkerfassaden? Wieviel Platz ist in ihnen vorhanden und wie gut schützen sie? — Darüber wird möglichst wenig geredet. Das hat auch seinen guten Grund: Wer gibt schon gerne zu, daß im Ernstfall nur jeder sechste Bremer in einem Bunker unterkommen kann, und das auch nur, wenn man die unzulänglich ausgerüsteten oder zu Warenlagern umgebauten mitrechnet.



1974 wurde unter dem Domshof der alte Tiefbunker aus dem zweiten Weltkrieg für 3,6 Millionen Mark auf den modernsten Stand gebracht und für längere Aufenthalte darin ausgerüstet. Weil aber nur 2.600 Menschen an einem so sicheren Platz unterkommen können, beeilten sich auch die Behörden mit Erklärungen wie: „Da wird Zutritt haben, wer gerade in der Nähe ist", und der Senat habe schon vor Jahren jegliche Ansprüche auf eigene Schutzräume von sich gewiesen. Nun, das können die gut betuchten Bürger aus Politik und Finanzen auch ruhig tun, denn, wie man im vergangenen Jahr lesen konnte, lassen die Herrschaften mit den besser gefüllten Taschen für ihre Familien nachts klammheimlich Geheimbunker im Garten vergraben. Für 35.000 Mark liefern Spezialfirmen zu jeder gewünschten Zeit diese Beton-Eier, die man schnellstens unter die Erde bringen kann. Damit sie den sicheren Platz nicht teilen müssen, verzichten diese Herrschaften dann auch glatt auf die möglichen 50-70% Baukostenzuschuß, die der Staat demjenigen anbietet, der wenigstens bereit ist, den Bunkerplatz mit sieben weiteren Personen zu teilen.

An diesem Beispiel kann man sehen, daß es der Bourgeoisie egal ist, was im Kriegsfall aus der Zivilbevölkerung wird. Die Werktätigen zählen für sie nur als Arbeitssklaven oder Kanonenfutter. Die Erfahrung zweier Weltkriege hat uns gelehrt, daß die Bourgeoisie Interesse am Krieg hat, weil der Krieg ihr letzter Ausweg ist, um ihr Streben nach Höchstprofiten und Weltherrschaft zu verwirklichen. Jetzt leben wir wieder in einer Zeit, in der besonders die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, auf einen Weltkrieg zusteuern und die kleineren Imperialisten, z. B. die westdeutschen Monopolherren, darauf lauern, an der Seite einer Supermacht an der Beute teilzuhaben. In einer solchen Zeit ein solches Trara um „Bunkerverschönerung" zu veranstalten, gar ganze Wettbewerbe zwischen den Künstlern auszutragen, ist ganz offene Verhöhnung der vielen Menschen, die im Kriegsfall völlig ungeschützt sind, deren Leben für die Herren Bourgeois keinen Pfifferling wert ist. **Wir** müssen uns auf einen Krieg vorbereiten, indem wir klaren Kopf behalten, uns mit allen Kräften, die gegen den imperialistischen Krieg und seine Anstifter sind, zusammenschließen. Wir müssen gewappnet sein, im Falle eines Raubkrieges der Supermächte diesen mit dem revolutionären Volkskrieg zu beantworten. Unsere erste Aufgabe ist es aber, mit allen Kräften den Ausbruch eines neuen Weltkrieges zu verhindern, ihm mit der Revolution zuvorzukommen.

Krieg dem Krieg!

Kämpft mit eurer Partei, der KPD/ML, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Albanische Jugend-die hellste Flamme im Befreiungskampf

Am 26. September 1977 findet der 7. Kongreß des Verbandes der Jugend Albaniens statt. Seit Monaten bereitet sich die albanische Jugend mit Begeisterung und Kampfgeist auf diesen großen Tag vor. Die albanische Jugend, die heute beim Aufbau und der Festigung des Sozialismus eine entscheidende Rolle spielt, hat ihre Feuerprobe im Befreiungskampf des albanischen Volkes bestanden. Unter Führung der Partei kämpfte die Jugend an vorderster Front, und erwies sich als Hauptstütze im Kampf um die Befreiung. Aus Anlaß des bald stattfindenden Kongresses sendete Radio Tirana einen Beitrag über die Formen, die die damalige KP Albaniens und heutige Partei der Arbeit Albaniens im Nationalen Befreiungskampf für die Organisierung der Jugend anwandte. Diese Frage ist auch für unsere Jugend von aktueller Bedeutung, da auch die Rote Garde ihrem ersten Kongreß entgegensieht, und wir vom Beispiel des Kampfes der albanischen Jugend viel lernen können.

Während des nationalen Befreiungskampfes des albanischen Volkes gegen die nazifaschistischen Besatzer und die Landesverräter erhob sich die ganze albanische Jugend wie ein Mann und kämpfte in den vordersten Linien, dort, wo ihre heilige Pflicht und die Ehre des Vaterlandes sie hinrief. In diesem Kampf, der von der Kommunistischen Partei Albaniens, der heutigen PAA, organisiert und geführt wurde, entfalteten sich mit beispielloser Kraft der revolutionäre Schwung und Kampfgeist der Jugend.

Nach der faschistischen Besetzung des Landes im April 1939 verspürte die albanische Jugend zutiefst die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses der ganzen Jugend, um eine schwere Aufgabe zu bewältigen, die der Kampf gegen die Besatzer an sie stellte. Sie hatte etliche Organisationen in der Form von verschiedenen Vereinen gebildet. Solange die Kommunistische Partei aber noch nicht gegründet war, konnte die albanische Jugend keinen breiten Zusammenschluß der Massen der Jungarbeiter und Schüler und besonders der jungen Bauern schaffen. Auf Initiative der Partei und des Genossen Enver Hoxha persönlich wurde am 23. November 1941, nur zwei Wochen nach der Gründung der Partei, die Organisation der Kommunistischen Jugend Albaniens gegründet, die erste, zutiefst revolutionäre politische Organisation der albanischen Jugend, aufgebaut auf festen marxistisch-leninistischen Grundlagen. Sie erhielt den Auftrag, der Kommunistischen Partei Albaniens als treueste und stärkste Kraft im Geist des Patriotismus und der kommunistischen Ideen bei der Mobilisierung der Massen für den antifaschistischen Befreiungskampf zur Seite zu stehen.

„Die Partei hegt große Hoffnungen, daß die Kommunistische Jugend Albaniens sich des Vertrauens würdig erweisen wird, das unsere junge Partei in sie gesetzt hat, und in der Lage sein wird, die hohen Aufgaben zu erfüllen, die der Jugend anvertraut sind.“ Mit diesen Worten wandte sich Genosse Enver Hoxha damals an die albanische Jugend. Die Kommunistische Jugend rechtfertigte in Taten vollständig dieses Vertrauen der Partei. Ihre Organisation dehnte sich schnell auf alle Teile des Landes aus, die Städte, in den Dörfern der befreiten Gebiete und die Partisaneneinheiten und Freischaren. Sie entfaltete eine umfangreiche Tätigkeit unter den Massen der jungen Arbeiter und Bauern und der Schuljugend. Den von der Partei gestellten Aufgaben entsprechend schenkte das Zentralkomitee der Kommunistischen Jugend der Verstärkung der Organisation durch junge Arbeiter besondere Aufmerksamkeit. Jungkommunisten begaben sich in die Dörfer, um auch unter der Dorfjugend zu agitieren und auch sie für den Freiheitskampf zu gewinnen. Die Tätigkeit der Kommunistischen Jugend verlieh dem antifaschistischen Widerstand der Schuljugend einen machtvollen Aufschwung. Er packte selbst die Kinder, von denen im Februar 1942 die Gruppe Debatik gebildet wurde. **Die Organisation der Kommunistischen Jugend wurde so zu einem machtvollen Hebel der Partei zur Mobilisierung der Jugend im nationalen Befreiungskampf.** Dank der Arbeit dieser Kampforganisation unter Führung der Partei vergrößerten sich die Reihen der antifaschistischen Jugend. Dadurch wurde es notwendig, eine breitere Jugendorganisation zu gründen. So wurde im September 1943 der Verband der albanischen antifaschistischen Jugend gegründet. Dieser Verband vereinte auf nationaler Ebene sämtliche Massen der patriotischen, antifaschistischen und demokratischen Jugend unseres Landes in organisierter Form, die für das Programm des nationalen Befreiungskampfes eintraten. Die albanische Jugend, die diesen Weg wählte, brachte alle Versuche der Reaktion zum Scheitern, die Jugend vom nationalen Befreiungskampf abzuhalten, ihren revolutionären Schwung abzuwürgen und durch die Schaffung von mehreren verräterischen Jugendorganisationen in ihren Reihen Spaltung zu stiften. **Die Mitglieder der Kommunistischen Jugend, die dem Verband der albanischen Antifaschistischen Jugend geschlossen angehörten, aber ihre organisatorische Struktur, ihre Prinzipien und Regeln unverändert beibehielten, wurden zum Rückgrat dieses Verbandes, zu seiner führenden Kraft und trugen in die breiten Massen der Antifaschistischen Jugend die Linie und die Direktiven der Partei.**


Die Jugend bei den nationalen Massenaktionen zur Elektrifizierung der Dörfer

Die albanische Kommunistische Jugend und der Verband der albanischen Antifaschistischen Jugend wurden von der Partei als Jugendorganisationen mit eigener Organisierung, eigenen leitenden Organen, mit eigener Organisationsform geschaffen, die den Bedingungen der Zeit und den Besonderheiten des Alters der Jugend entsprachen. Die Partei verstand es, das Prinzip der Schaffung von eigenen Jugendorganisationen mit dem Prinzip der Führung der Jugend durch die Partei des Proletariats richtig zu verbinden. Diese Führung verwirklichte sie organisatorisch, politisch und ideologisch durch die Mitglieder der Partei, die in die leitenden Organe der Jugendorganisationen gewählt wurden und durch die Kader der Jugend, die in die leitenden Parteiorgane gewählt oder ernannt wurden. Eine derartige Verflechtung begann in den Grundorganisationen und reichte bis zu den höchsten Organen. Zwischen der Partei und den Jugendorganisationen wurden korrekte und starke Verbindungen hergestellt, und zwar nicht nur organisatorisch, sondern auch geistig, aufgrund der Politik und Ideologie der Partei, aufgrund ihrer gleichen Ziele und Ideale. **Die Partei hat die Initiative und Selbsttätigkeit der Jugend, ihren forschenden und revolutionären Geist nicht gezügelt und nicht abgewürgt, sondern im Gegenteil angeregt und ermutigt. Die Ideen der Kommunistischen Partei Albaniens und die kommunistische Ideologie eroberten die Hirne und Herzen der albanischen Jugend, sie vereinten sie um die Partei im Kampf gegen die nazifaschistischen Besatzer und die Landesverräter und machten sie zu ihrer Helferin und Kampfreserve.** Während des nationalen Befreiungskampfes traten Tausende Jugendliche aus den Jugendorganisationen der nationalen Befreiungsarmee und von außerhalb der Armee in die Partei ein. Die sorgfältige und zielbewußte Arbeit der Partei unter der Jugend während des Kampfes gegen die nazifaschistischen Besatzer und die Landesverräter sicherte zum einen die aktivste Kraft für den Sieg der Revolution und garantierte zum anderen die Weiterführung der Revolution.

Nach der Befreiung schloß sich die albanische Jugend zu einer einzigen Organisation zusammen. Der Verband der Jugend der Arbeit Albaniens — er war 1949 durch die Vereinigung der Kommunistischen Jugend und des Verbandes der albanischen Antifaschistischen Jugend gebildet worden — wurde erneut die Hauptstütze der Partei, um die Revolution von der antiimperialistischen demokratischen Etappe des Kampfes für die Befreiung des Landes und die Errichtung der Volksmacht zur Etappe der sozialistischen Revolution und des Aufbaus der neuen sozialistischen Gesellschaft weiterzuführen.

Es lebe der 7. Kongress der Jugend der Arbeit Albaniens

Am 26. September beginnt im neuen Eisenhüttenkombinat von Elbasan der 7. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens, der Jugendorganisation der Partei der Arbeit. Dieser Kongreß ist ein großes, bedeutendes Ereignis, „denn“, so sagte Genosse Enver Hoxha, „er hat die Aufgabe, die klare mobilisierende marxistisch-leninistische Linie der jungen Generation festzulegen, die eine bedeutende und entscheidende Rolle beim Aufbau des Sozialismus, bei der gegenwärtigen Entwicklung des neuen Lebens spielt“. Für die Rote Garde, die Jugendorganisation unserer Partei, ist es eine große Ehre, auf Einladung des ZK des VJAA eine Delegation dorthin entsenden zu können. In der Grußardesse der Roten Garde an den 7. Kongreß des VJAA heißt es u. a.:

„Ihr kommt zu Eurem 7. Kongreß mit berechtigtem Stolz und vollen Händen. Ihr habt die Euch von der Partei anvertrauten gewaltigen Aktionen mit großem revolutionären Schwung, hoher kommunistischer Moral und mit dem marxistisch-leninistischen Kampfgeist durchgeführt, den wir, wenn auch Tausende Kilometer entfernt, gefühlt haben, wenn wir die stürmischen Initiativen der albanischen Jugend zur Vorbereitung dieses Kongresses über den albanischen Rundfunk verfolgten. Unsere Genossen, die begeistert von Besuchen zurückkehrten, haben mit eigenen Augen gesehen, daß, wie Genosse Enver Hoxha sagte, das heutige Albanien, jedes Werk, jede Straße, die Eisenbahnlinien, bis hin zu den terrassierten Berghängen und kultivierten Feldern Euren Stempel trägt, den Stempel der revolutionären albanischen Jugend.

Deshalb sind wir, alle Genossen und Kämpfer der Roten Garde, stolz, Euch als Kameraden, Genossen, als Gefährten im Kampf zu haben!

In Eurer Sozialistischen Volksrepublik Albanien haben Partei und Volksmacht der Jugend alle Rechte gesichert und ihr alle Perspektiven erschlossen, um in der sozialistischen Heimat würdig zu leben und zu arbeiten, und die großen Aufgaben, die Euch anvertraut wurden, zeigen die Wertschätzung und das Vertrauen, das der Jugend entgegengebracht wird. Im schroffen Gegensatz dazu steht das Leben der deutschen Jugend, sowohl im imperialistischen Westdeutschland, wie im von den Revisionisten und ihren russischen Oberherren beherrschten Osten unseres Landes.

Bei uns ist die Unsicherheit über Gegenwart und Zukunft die tägliche Sorge der Jugend. Hunderttausende Jugendlicher liegen auf der Straße, ohne Aussicht auf Ausbildung oder einen Arbeitsplatz. Die Jugend ist bei uns eines der ersten Opfer der schweren wirtschaftlichen und geistigen Krise, die den westdeutschen Imperialismus, wie die ganze imperialistische und revisionistische Welt, erfaßt hat. Die Jugend unterliegt der brutalen, verschärften Ausbeutung und Unterdrückung, und der Imperialismus hat ihr alle Möglichkeiten und Perspektiven geraubt, ausgenommen der, in einem imperialistischen Raubkrieg für D-Mark, Dollar oder Rubel als Kanonenfutter zu dienen. Die imperialistischen Monopole setzen gewaltige finanzielle und industrielle Mittel und ihre gesamte Propagandamaschine ein, um unsere Jugend in Passivität und kleinbürgerliche Ziellosigkeit, in die geistige, kulturelle und moralische Entartung, in ein Leben ohne Ideale zu treiben.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir wissen, daß Ihr niemals vergeßt, wofür Eure Mütter und Väter gekämpft und gelitten haben, um welchen Preis Euer glückliches Leben errungen wurde. Unter der Führung Eurer ruhmreichen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit und Genossen Enver werdet Ihr trotz der fortdauernden imperialistisch-revisionistischen Blockade, trotz der wilden Angriffe der Imperialisten, der beiden Supermächte und der anderen, trotz der konterrevolutionären Machenschaften des Revisionismus, immer weiter vorwärtsschreiten, wird Euer Verband der Jugend der Arbeit Albaniens die Jugend zu neuen großen Schlachten mobilisieren. **Euer Festhalten am Klassenkampf, Eure revolutionäre Wachsamkeit und Eure marxistisch-leninistische Prinzipientreue sind der Garant dafür, daß die Sozialistische Volksrepublik Albanien das große Leuchtfeuer des Sozialismus für die ganze Welt bleibt.**

Wir jungen deutschen Kommunisten versprechen Euch, daß wir selber nicht ruhen werden, bis wir, geführt von unserer marxistisch-leninistischen Partei, die amerikanischen und russischen Besatzer aus unserem Land vertrieben, die kapitalistische Ausbeuterherrschaft in Ost und West vernichtet und unser großes Ziel erreicht haben: das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland! Und wir freuen uns schon heute auf den Tag, an dem wir Euch dann als Vertreter des albanischen Volkes in unserem freien, sozialistischen Deutschland begrüßen, und Euch zu Ehren auf den Dächern die rote Fahne mit dem albanischen Doppeladler neben unserer mit dem gelben Stern und Hammer, Sichel und Gewehr weht.

Wir kämpfen gegen die gleichen Feinde und für das gleiche Ziel, und uns verbindet unsere gemeinsame Treue zu den unvergänglichen revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Seit dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens ist die kämpferische Einheit der wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien in der Welt noch stärker geworden. Die Imperialisten, an erster Stelle die amerikanischen und die russischen, erfüllt das mit Unruhe. Deshalb unternehmen sie jeden möglichen Versuch, um mit Hilfe ihrer Agenten diese Einheit zu unterminieren und zu stören, und die einzelnen Parteien zu zersetzen, um sie schließlich zu vernichten. Diese Wühlarbeit geht in der Hauptsache von den modernen Revisionisten chruschtschowscher Prägung aus, und nach wie vor bleibt der unablässige allseitige ideologische, politische und organisatorische Kampf gegen sie von lebenswichtiger Bedeutung für uns. **Auch der alte, berüchtigte Renegat Tito hat, wie die letzten Wochen bewiesen, seine internationale konterrevolutionäre Verschwörertätigkeit fortgesetzt und noch verstärkt. Auch mit diesem US-amerikanischen Lakai und geschworenen Todfeind der Freiheit und der Revolution darf es keinerlei Waffenstillstand geben und es wird ihn nie geben!**

Als ebensolche wütenden Feinde des Marxismus-Leninismus und der proletarischen Revolution werden heute auch diejenigen erkannt, die mit allerlei neuen, „modischen“ Schlagworten und Konzepten, wie der sogenannten „Drei-Welten-Theorie“, den alten revisionistischen Plunder der vollständigen Kapitulation vor dem USA-Imperialismus und dem Imperialismus überhaupt predigen, zur Einstellung des Klassenkampfes auffordern und an seine Stelle die Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie und der Reaktion, die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie, ihrer imperialistischen Armee, ja, die Unterstützung des aggressiven NATO-Paktes setzen wollen und dies auch von uns verlangen.

Wahrhafte Marxisten-Leninisten werden ihnen jedoch nicht auf den Leim gehen oder sich von ihnen, wie gewisse schlechte Elemente, kaufen lassen. Sie werden diese opportunistischen Theorien streng zurückweisen und verurteilen, ganz gleich, mit welchen großen Namen, Autoritäten und Traditionen sich ihre Urheber auch schmücken mögen. Gerade in diesem Kampf, der ein Kampf zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus ist, ist uns und unseren Genossen die Sozialistische Volksrepublik Albanien, die Partei der Arbeit Albaniens und Euer Jugendverband noch teurer geworden. Ein Angriff auf Albanien, sein Volk und seine ruhmreiche Partei, sei er ideologischer, politischer oder militärischer Art, ist auch ein Angriff auf uns, und was in unseren Kräften steht, werden wir dazu beitragen, daß jeder Angreifer, wer es auch sei, dafür zahlen muß!“

Es lebe der 7. Kongreß des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens!

Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens! Es lebe Genosse Enver Hoxha!

Ruhm dem Marxismus-Leninismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

"Hitlers Kinder"

Wer terrorisiert das Volk?

„Hitler's children" — Kinder Hitlers nannte „Report" die Attentäter von Köln durch den Mund einer reaktionären englischen Journalistin. „Nicht zu Unrecht", erklärte das SPD-Präsidium, seien sie als die späten Kinder Hitlers bezeichnet worden." Der Anschlag auf Schleyer ist ein Akt des individuellen Terrors, der nicht dazu beitragen kann, die menschenverachtende Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuterklasse zu stürzen. Denn wenn Schleyer weg ist, kommt ein anderer ran. Das sehen auch viele Werktätige so. Das nutzt die Bourgeoisie zu einer der umfangreichsten, faschistischen Hetzkampagnen aus, in der die Verantwortlichen für das Attentat zu „geistigen Erben Hitlers", zu „neuen Faschisten" abgestempelt werden sollen, die „den Staat zurück in die Steinzeit bomben" wollten.

Hitlers Kinder? Man glaubt nicht richtig zu hören. Hitlers Kinder, das sind doch die, die, im Geist des Hitlerfaschismus erzogen, ihr Handwerk der Ausbeutung und Unterdrückung im SS-Staat von der Pike auf gelernt haben. An die, die führend beteiligt waren an den Verbrechen der faschistischen Diktatur, und die auch nach 1945 ihre Karriere ungehindert fortsetzen konnten. Daß es in diesem Staat diese „Kinder Hitlers" zu Hunderten und Tausenden gibt, daran besteht kein Zweifel. Sie sitzen nicht in „konspirativen Wohnungen" und schon gar nicht hinter Gittern. Sie haben Ämter in Staat und Wirtschaft und die entsprechenden Luxusvillen. Sie brauchen ihre MPs weder zu stehlen noch auf dem internationalen Waffenschwarzmarkt zu kaufen. Der Staat selbst stellt ihnen schwerbewaffnete Leibwächter zur Verfügung.

Man findet sie natürlich in den Spitzenpositionen der Wirtschaft. Von Abs (unter Hitler Direktor der Deutschen Bank und damit im Spitzenstab der Naziwirtschaft, unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg in Jugoslawien wegen seiner Verbrechen in Abwesenheit zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt) bis hin zu Schleyer (SS-Mann und Funktionär der Hitler-Besatzer in der Tschechoslowakei) — quer durch das ganze Alphabet ließen sich die Hitlersöhne mit Nazivergangenheit aufzählen. Und sie sitzen nicht nur in der Wirtschaft. Die Bundeswehr ist durchsetzt mit ehemaligen SS-Offizieren. Hitler-Kinder sind in den höchsten Heeresspitzen zu finden. Nennen wir nur die Generale de Maiziere (unter Hitler in der Operationsabteilung des Generalstabs) und von Baudissin (früher Generalstabsoffizier des „Deutschen Afrika-Korps).

Daß die westdeutsche Polizei, Verfassungsschutz und BGS aufgebaut und gedrillt wurden von ehemaligen SSlern und NSdAP-Mitgliedern, gab sogar Herr Posser zu, heute Justizminister von Nordrhein-Westfalen und somit unverdächtig, ein „kommunistischer Hetzer" zu sein. Mancher Leser wird sich noch an den Skandal erinnern, als 1962/63 ans Licht kam, daß fast alle Offiziers- und Kommandostellen der Landespolizei von NRW mit ehemaligen Mitgliedern der SS besetzt waren. Kinder Hitlers — sie sitzen an den Schaltstellen des bürgerlichen Staatsapparates, sie wurden Abgeordnete, Botschafter, Staatssekretäre, Bundestagspräsident wie Gerstenmaier. Der KZ-Erbauer Lübke schaffte es bis zum Bundespräsidenten, dem früheren Kanzler Kiesinger gelang mühelos der Aufstieg vom NSdAP-Mitglied über den Posten eines führenden Nazi-Propagandisten im Rundfunk Hitlers bis hinauf zum Kanzler der deutschen Bundesrepublik.

Die wenigsten dieser Söhne Hitlers standen je wegen ihrer Verbrechen vor Gericht. Und die, die doch angeklagt wurden, konnten mit Freispruch oder minimalen Strafen rechnen, obwohl ihnen tausendfacher Mord nachgewiesen war. Im Gegenteil, sie werden gehätschelt, propagiert und zu Helden hochgejubelt. Der Kriegsverbrecher Kappler wird in der Bundesrepublik mit offenen Armen empfangen. Polizisten schützen die Kundgebungen faschistischer Organisationen und knüppeln Gegendemonstranten nieder. Keine Woche vergeht, wo nicht im Fernsehen in Filmen oder „Dokumentarsendungen" der Faschismus verherrlicht wird. Ganze Schulklassen müssen Fests Hitler-Propaganda-Film ansehen. Der „Stern", der sich so gern einen „linken" Anstrich geben möchte, druckt seit Wochen Göbbels Tagebuch in Fortsetzungen. Und die Spitzen der Polizeiführung, der Staatsschutzorgane, die ihr Handwerk bei Hitler lernten, wozu haben sie denn ihre Polizisten, Verfassungsschützer, Schnüffler usw. ausgebildet? Hitlers Kinder, es gibt sie.



Die wahren „Kinder Hitlers": die Kapitalisten und ihre Lakaien. (Fritz Thyssen sowie Borbet und Vögler von den Vereinigten Stahlwerken zusammen mit Hitler 1932)

Vor wem müssen denn die Werktätigen heute Angst haben? Mehr als 20 Menschen starben im letzten Jahr durch die Hand von Polizisten — Arbeiter, eine Hausfrau, Lehrlinge, ein Schafhirt, einige kleine Diebe. Sie wurden erschossen, erstickten an Tränengas, wurden zu Tode geprügelt. Hunderte wurden zusammengeknüppelt bei Demonstrationen, auf Polizeiwachen, ja auf offener Straße — wegen Nichtigkeiten.

Gegen das Volk wird Gewalt ausgeübt. Von Polizei, Justiz, vom ganzen Machtapparat der Bourgeoisie. Die Gefahr einer neuen faschistischen Diktatur in unserem Land ist tatsächlich gegeben. Aber woher kommt sie? Die Faschisierung des Staatsapparates wird täglich vorangetrieben. Sie ist begleitet von einer Welle der Nazipropaganda, der Verherrlichung von Mördern und Kriegsverbrechern à la Kappler, von der Hetze gegen Revolutionäre und Kommunisten, der Forderung nach Todesstrafe und dem „Verbot der K-Gruppen".

Hitlers Söhne können ihre Väter nicht verleugnen. Der Vater des Faschismus — das ist das kapitalistische System. Ob die Bourgeoisie ihre Diktatur über das Volk ausübt in Form einer parlamentarischen Demokratie oder in Form einer faschistischen Diktatur — das ist für die Krupp und Thyssen, die Flick und Quandt und die anderen Vertreter des Finanzkapitals nicht eine Frage der Moral, sondern einzig und allein eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Möglichkeit. Sie, die dem Hitlerfaschismus zur Macht verhalfen, werden nicht zögern, eine neue faschistische Diktatur zu errichten, wenn sie ihre Herrschaft durch die wachsenden Kämpfe des Volkes bedroht sehen. Der ständige Ausbau ihres Gewaltapparates, die reaktionäre Gewalt, mit der sie das Volk niederhalten, zeigen, von wem in diesem Staat die Gefahr einer neuen faschistischen Diktatur ausgeht. Von eben jenen, die sich heute als die Hüter der Demokratie aufspielen, um umso besser die revolutionäre Gewalt des Volkes zu unterdrücken.

Berufsverbot gegen Mitglied des KJVD

"Er kann Gift ins Wasser bringen"

Gegen Franz-Josef Grünen, Kältemechaniker an der Universitätsklinik Mainz, Mitglied des KJVD und Bundestagswahlkandidat der Gruppe Rote Fahne (KPD) hat das Landesarbeitsgericht Mainz Berufsverbot verhängt. Er sei als Anhänger der KPD ein „Sicherheitsrisiko", so erklärte das Gutachten der CDU-Landtagsabgeordneten Beck-Herr. Dieses „wissenschaftliche Gutachten" greift tief in die Mottenkiste der faschistischen Hetze, mit der heute die Bourgeoisie Revolutionäre und Kommunisten zu Volksfeinden und Faschisten stempeln will.

Man muß das schon genau lesen: „Es besteht Gefahr, daß er aufgrund seiner politischen Anschauungen in lebensbedrohender Weise auf den Betrieb der Unikliniken einwirken kann. Er kann Giftstoffe in Wasseraufbereitungs- und Lüftungsanlagen bringen, Blutkonserven verändern, Strom bei Operationen und lebenswichtigen Geräten abschalten und sogar Aufzüge so verschalten, daß sich die Tür öffnet, ohne daß dahinter der Fahrkorb steht und damit Menschen in den Fahrschacht stürzen können. Das Recht der freien Meinungsäußerung für Grünen kann hier nicht gelten, da der Staat die Pflicht hat, die drohende Gefahr für Leib und Leben der Patienten und Beschäftigten,und damit eines großen Teils der Bevölkerung,abzuwenden."

Mit einem Wort: drohende Gefahr für Leib und Leben der Bevölkerung geht aus von jenen, die gegen diesen Staat kämpfen — nicht etwa von den Konzernen, die systematisch die Luft verschmutzen und unsere Flüsse in Kloaken verwandeln. Nicht von denen, die schadhafte Autos produzieren oder denen es zu teuer ist, an gefährlichen Bahnübergängen Schranken zu installieren, um so Menschenleben zu retten. Und natürlich erst recht nicht von denen, die schwerbewaffnete Polizisten gegen die Bevölkerung hetzen und die ihre Armee zum Bürgerkrieg und zu einem neuen Aggressionskrieg drillen.

Niemals in der Geschichte haben Revolutionäre, Kommunisten, Marxisten-Leninisten gegen das Volk Gewalt angewandt. Die Hetze dieser „Gutachterin" und ihrer Gesinnungsgenossen ist nichts anderes als die faschistische Ideologie vom „bolschewistischen Untermenschen". Sie stammt direkt aus der Nazipropaganda der Hitlerfaschisten.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Wolfgang Brod wird im Betrieb begrüßt

Genosse Wolfgang Brod war bis vor kurzem einer der politischen Gefangenen, die es nach Angaben von Bundeskanzler Schmidt bei uns in der DBR gar nicht gibt. Er berichtet uns kurz, wie er letzte Woche nach viermonatiger Haft von seinen Kollegen im Betrieb empfangen wurde:

Liebe Genossen,

war das eine Begrüßung! Als ich am Montag den ersten Tag nach der Haftzeit wieder in den Betrieb kam, stürzten die Kollegen gleich auf mich los. schüttelten mir die Hände und überschütteten mich mit Fragen. Sie ließen Arbeit Arbeit sein und bereiteten mir so einen Empfang, den man sich herzlicher nicht vorstellen kann!

Sie fragten mich nach den Haftbedingungen, nach der Behandlung durch die Gefängnisbeamten und danach, wie ich die Haftzeit überstanden habe. Ob ich denn auch das Geburtstagspaket erhalten habe und ob das Richtige drin gewesen sei, ob ich die Karten erhalten habe usw. Die Kollegen meinten, sie hätten mich vermißt und seien froh, daß ich wieder da sei. Am ersten Tag konnte ich gar nicht alle Kollegen, die mich kennen, sehen, und so kam es, daß noch drei Tage später plötzlich einer durch die Halle brüllte: „Mensch Wolfgang, da bist du ja wieder!"

Einen besonderen Vertrauensbeweis bekam ich von den Kollegen der Betriebsfußballmannschaft: Sie wählten mich zu einem der Kassierer! Natürlich gab es auch andere Stimmen. Gewisse Leute sagten — hinter meinem Rücken: „Der kommt hier her, als sei er nie weg gewesen. Der müßte doch ganz klein mit Hut sein, der Knastologe!" Aus welcher Ecke diese und ähnliche Hetzreden stammen, ist wohl klar, aber klar wurde ihnen auch bald, daß sie bei den Kollegen damit nicht landen können und sich noch mehr isolieren. Es hat sich auch hier wieder einmal gezeigt, daß es den Kapitalisten und ihren Handlangern immer schwerer fällt, uns Kommunisten zu isolieren. Was sie auch anstellen, ob sie uns ins Gefängnis werfen oder gegen uns hetzen, sie ziehen immer den kürzeren.

Euer Genosse Wolfgang

Lumpenjournalismus

Liebe Genossen!

In letzter Zeit hat der „Rote Morgen" immer wieder entlarvt und Beispiele vom Kampf gegen den Versuch geschildert, wie der Faschismus bei uns wieder hoffähig gemacht werden soll. Auf der anderen Seite wird der Marxismus-Leninismus in den Massenmedien verteufelt, um das Wachsen der revolutionären Bewegung zu verhindern. Ein besonders hinterhältiges Stück dieser Art gab es am letzten Donnerstag, dem 8. September, im ersten Fernsehprogramm an einer Stelle, wo man es nicht erwartet. Viele werden schon mal was aus der Serie „Mit Rose und Revolver" gesehen haben. Es sind scheinbar unpolitische Krimis, die im Paris der Jahrhundertwende spielen. Auch diesmal ging es eine gute halbe Stunde „normal" zu. Irgendwer entführt hübsche, junge, blonde Frauen. Man fragt sich, wozu: Will der Täter Lösegeld? Nein. Hauptverbrecher ist ein religiös fanatischer, perverser Typ, Angehöriger einer verrückten Sekte, der mit Hilfe der Frauen eine neue Menschenrasse züchten will und dabei vor nichts zurückschreckt. Nun kommt der lumpenjournalistische „Knüller". Als der Typ in seinem Zimmer gezeigt wird, werden meine Frau und ich aufmerksam. Was ist das im Hintergrund an der Wand für ein Porträt? Es wird als Porträt des Sektenführers bezeichnet. Die Kamera bringt es neben dem Kopf des Verbrechers deutlich ins Bild. Es ist ein Porträt, das sehr viel Ähnlichkeit mit Karl Marx hat! Immer wieder schwenkt die Kamera genüßlich langsam zu dem Gemälde. Am widerlichsten aber war der Schluß, nachdem der Täter gestellt war. Während der Kommissar seine Schlußpredigt hält, geht das Bild vom Haupttäter voll zum Porträt über und bleibt so bis zum Schluß stehen. Die Moralpredigt des Kommissars, die nun in Wirklichkeit an Karl Marx gerichtet ist, sinngemäß: Man müsse diese Sorte fanatischer Verbrecher, die bedenkenlos über Leichen gehen, alle unschädlich machen; sie hätten keinen Anhang; sie würden nur fanatische Lügen verbreiten; ihr Tun sei sowieso zum Scheitern verurteilt usw. Meine Frau und ich waren natürlich empört. Aber wir haben uns auch gesagt: Was für eine Angst müssen die Bourgeoisie und ihre Schreiber haben, wenn sie zu solchen Methoden greifen müssen! Das macht uns auch zuversichtlich, daß der Marxismus-Leninismus sicherlich immer mehr Menschen ergreifen wird.

Rotfront!
Ein Genosse aus Westberlin

Eine Zensur findet nicht statt — oder wie's eleganter gemacht wird...

Unsere OG macht eine Veranstaltung mit Lichtbildern über das sozialistische Albanien am 16. 9. 77. Wir wollten in der „WAZ/WR" und in den „RN" eine Annonce unterbringen.

Schon bei der Auftrags-Annahme wurde gesagt, daß das wahrscheinlich schwierig sei. Warum? „Ja, wegen KPD/ML und so..." Aber endgültig würde das vom Chef entschieden. Anderntags fragen wir nach, ob die Annonce gedruckt wird, für die wir ja immerhin 45,00 DM bezahlt hatten. Der leitende Redakteur kam sofort und sagte: „Ich gebe Ihnen das Geld zurück, wir drucken nicht, weil Ihre Partei nicht zugelassen ist; das hat die „WAZ"-Zentrale mir gesagt!" Das ließen wir uns nicht gefallen und wir verwiesen auf die Wahlen in Hamburg und NRW und daß wir nicht verboten seien.

Danach ein Telefonat mit der „WAZ" in Essen. Schließlich las der Verantwortliche aus „WAZ"-Richtlinien sinngemäß vor, daß eine unzulässige Werbung für die KPD/ML vorliege, wenn der Name der Partei ganz ausgeschrieben werde... Aber alle bürgerlichen Parteien stehen in ganzseitigen Anzeigen namentlich genannt... „Das ist auch was anderes!" Auch „Rote Garde" könne nicht darunterstehen. Nach langem Hin und Her wird die Annonce veröffentlicht, nur „KPD/ML" steht darunter...und der Personalausweis des Anzeigenaufgebers mußte vorgelegt werden!

Die „Ruhrnachrichten" sagten von vornherein, daß die Annonce wohl nicht angenommen werde, weil „die KPD/ML nicht auf dem Boden des Grundgesetzes" steht. „Aber die ‚Ruhrnachrichten' stehen ja noch nicht mal drauf, da ja im ersten Artikel des Grundgesetzes steht, daß niemand seiner politischen Überzeugung wegen benachteiligt werden dürfe." Antwort: „Das gilt aber nur für die, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen!"

Also im Klartext: Nur wer die Ausbeuterordnung verteidigt, kann schreiben was er will.

Parteiveranstaltungen:

Hannover-Herrenhausen: Albanienfest, 25. 9., 16.00 Uhr, Studentenwohnheim im Silo, Dorotheenstr. 5

Hildesheim: Gründungsveranstaltung der Roten Garde Hildesheim, 24. 9., 19.00 Uhr, Gaststätte „Zum Immengarten", Immengarten

Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb

Hoesch - ein Name für blutigen Stahl

Die Vorgeschichte: „Damit die Kalkulation stimmt"

Die Rechnung ist einfach: Dem brodelnden Stahl im Siemens-Martin-Ofen muß Sauerstoff entzogen werden. Das geht mit Erz ohne weiteres. Aber das kommt aus Afrika oder Lateinamerika und ist nicht billig. Das geht aber auch genauso gut mit Walzensinter, der nebenan im Walzwerk bei der Weiterverarbeitung abfällt, sozusagen als Abfallprodukt. Daß es dabei zu Verpuffungen kommen kann, daß schon mehrfach explosionsartig meterlange Flammen aus der Ofentür geschossen kamen (die Vorgesetzten wußten darum), was zählt das schon, angesichts des „Zwangs zur Kostensenkung". Und bisher ist ja noch nichts Ernsthaftes dabei passiert.

Doch im letzten Jahr hat sich einiges geändert im Martinwerk. Rund 100 Millionen DM haben die Hoesch-Bosse hier investiert. Zweck: Weniger Arbeiter sollen mehr Chargen pro Schicht machen, sprich: mehr Profit. Vorausgesetzt, die Öfen laufen auch immer voll aufgedreht durch und ohne Verzögerung.

Der Unfall

So war es auch am Tag des Unfalls, am 6. November 1976. Es war abends gegen 18 Uhr. Der Ofen wurde nicht runtergedreht, als drei Kollegen der Mittagsschicht unmittelbar vor dem Ofen das Stahleisen entfernen wollten, das bei der Beschickung des Ofens auf die Schienen geschwappt war. Der kostengünstige Walzensinter ist bereits im Ofen, es kommt zur Verpuffung und urplötzlich wird die tonnenschwere Ofentür nach oben gedrückt und ein Feuerstrahl mit glühendem Stahl schießt 15-20 m lang in die Halle und macht die drei Arbeiter zu brennenden Fackeln.

Die Unfallversorgung

Die Kollegen, die Augenzeugen des grausamen Geschehens sind, handeln schnell. Sie holen die Löschdecken und Bahren, sie laufen zum Telefon, sie tun alles, was in ihren Kräften steht. Doch sie können nicht verhindern, daß die Decken sofort auf den verbrannten Körpern kleben bleiben, denn die teuren Metalline-Decken, die das Ankleben und den Wärmeverlust am Körper verhindern, sind nicht vorhanden. Der Einsatz der Kollegen kann nicht verhindern, daß es einige Zeit dauert, bis die Bahren herbeigeschafft sind. Vorbereitet auf solche Situation wurden sie nicht, und die Bahren sind schlecht zugänglich, nicht griffbereit in unmittelbarer Nähe. Die Kollegen können nicht verhindern, daß sie die Verletzten, die unter höllischen Schmerzen leiden, noch mehrmals umbetten und rumstoßen müssen, weil der Abgang von der Ofenbühne nur über steile und winklige Treppen geht.

Bestürzt schauen sie auf ihre Uhren: Wann kommen endlich die Krankenwagen? Alle glauben, sie sind doch hier auf dem Werk stationiert und müßten doch längst da sein.

Sie wissen nicht, daß dies aus Kostengründen vor einiger Zeit geändert wurde, daß sie jetzt vom anderen Werk kommen müssen. Das hat man natürlich nicht an die große Glocke gehängt, Hauptsache, die mitbestimmte Unfallkommission hat ihren Segen gegeben und die Berufsgenossenschaft drückte ihr Auge dabei zu. Auf dem Papier sollte es angeblich auch nur fünf Minuten dauern, bis ein Wagen vom anderen Werk da sein kann. Aber es war ein Samstag, dazu noch verkaufsoffener, und die Wagen müssen durch die belebte Dortmunder Innenstadt fahren.

Zwanzig Minuten, zwanzig tödliche Minuten dauert es, bis die Kollegen abtransportiert sind. Im Krankenwagen? Ja, aber nur zwei von ihnen kommen in den Genuß dieser Errungenschaft. Der dritte wird abtransportiert wie eine defekte Maschine, nämlich im **Gerätewagen der Feuerwehr.** Ein Arzt ist bis jetzt noch nicht zur Stelle. Mittags und nachts gibt es keinen auf dem Werk. Der Werksarzt ist nur morgens da,und außerdem hat er andere Aufgaben, er lädt kranke Kollegen zur Untersuchung vor, um sie so schnell wie möglich wieder an die Arbeit zu bringen. Und auch die Unfallwagen sind nicht mit einem Arzt besetzt.

Zwei Kollegen kommen dann ins Dortmunder Unfallkrankenhaus, doch für den dritten ist dort kein Platz mehr, denn Dortmund, eine Stadt mit über 20.000 Stahlarbeitern, hat kein Verbrennungszentrum. Jetzt beginnt eine regelrechte Odyssee für den schwerverletzten Kollegen. Vom Unfallkrankenhaus zum Städtischen, Vordereingang. Von hier aus zum Hintereingang. Nein, bedaure, hier ist nichts frei. Von dort-zum Johannishospital. Eineinhalb Stunden sind seit dem Unfall vergangen, bis er schließlich im Krankenhaus eingeliefert ist. Eineinhalb Stunden mit Verbrennungen zweiten und dritten Grades, ohne ärztliche Hilfe. Eine Woche später, am 12. November, stirbt der türkische Kollege Huesyin Aydemir.

> Unser Belegschaftsmitglied
>
> **Huesyin Aydemir**
>
> geboren am 10. Februar 1939, ist am 12. November 1976 an den Folgen eines Unfalles verstorben.
>
> Wir trauern um einen Mitarbeiter, der sich in den Jahren seiner Tätigkeit in unserem Unternehmen wegen seiner Einsatzbereitschaft und Kameradschaftlichkeit großer Beliebtheit erfreute.
>
> Wir werden ihm stets ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.
>
> Vorstand, Betriebsrat und Belegschaft
> der
> Hoesch-Hüttenwerke Aktiengesellschaft
>
> Dortmund, den 15. November 1976

Die zynische Todesanzeige in der Tageszeitung.

Natürlich sicherten die Berufsgenossenschaft und die Staatsanwaltschaft eine sorgfältige Untersuchung des Unfalls zu. Aber bekanntlich hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus und so war es auch diesmal: Die Akten des Staatsanwalts bekam keiner zu Gesicht, dafür aber das Ergebnis der Berufsgenossenschaft. In ihrem Mitteilungsblatt Nr. 2/77 heißt es wörtlich: „Nach dem Ausmaß der aufgetretenen Verbrennungen ist anzunehmen, daß die Stahlwerker mit offenen Schutzjacken arbeiteten, wodurch sie Verbrennungen am Körper erlitten. Die Folgen der Verbrennungen wurden durch Tragen von synthetischen Unterhemden verschlimmert. Es sollten daher Beschäftigte, die derartige Arbeiten verrichten, tunlichst keine synthetischen Wäschestücke tragen."

Fahrlässige Tötung — staatlich geschützt!

Welcher Zynismus: Der Autofahrer, der seinen Verbandskasten vergessen hat, er bekommt ein Bußgeld, der Autofahrer, der vielleicht aus Unsicherheit versäumt, bei einem Unfall Dritter gleich Hilfe zu holen, für den sind Gesetze genug da, um ihn wegen „unterlassener Hilfeleistung" vor Gericht zu zerren. Aber die Hoesch-Kapitalisten haben das Recht, die Krankenwagen aus Kostengründen wegzurationalisieren, das Geld für einen Arzt rund um die Uhr, die Metalline-Decken einzusparen. Vielleicht eine Ausnahme? Wohl kaum, denn Hoesch wird stets von Ministern (die übrigens auch im Aufsichtsrat sitzen), Gewerkschaft und Kapitalisten gelobt wegen ihrer vorbildlichen Unfallvorsorge. Ein Beweis dafür, daß dieser Staat und seine Gesetze Instrumente zur skrupellosen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter sind, samt der vielgepriesenen Mitbestimmung.

Eine Begebenheit am Rande

Die ganze Skrupellosigkeit der Kapitalisten zeigt sich an einer kleinen Begebenheit nach dem Unfall im Betrieb. Der Ofen, an dem das Unglück passierte, läuft voll weiter. Der Kollege, der mit den Verletzten von Krankenhaus zu Krankenhaus fuhr, kommt nach knapp zwei Stunden zurück in den Betrieb, erschüttert von dem, was er erlebt hat. Die Kapitalisten aber sind schon wieder zur Tagesordnung übergegangen. Obwohl es nur noch ein bis zwei Stunden bis zum Feierabend sind, wird der Kollege aufgefordert, weiterzuarbeiten. Empört packt er seine Sachen und fährt nach Hause.

Sie können die Spuren ihres Verbrechens nicht verwischen

Das erste, was man von der Betriebsleitung und dem Betriebsrat zu dem Unfall hört, ist: Ursache unerklärlich, unglückliche Umstände führten zu der Verpuffung. Doch schon am nächsten Tag fällen sie eine Entscheidung: Ab sofort darf dem Ofen grundsätzlich kein Walzensinter mehr beigegeben werden. Ein deutliches Eingeständnis ihrer Schuld.

Die Kollegen sind verbittert. Oft genug haben sie auf der Hütte erlebt, daß erst ein Arbeiter sterben muß, ehe was unternommen wird. Die Kapitalisten und der Betriebsrat aber denken nicht daran, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Im Gegenteil, ihre ganzen Aktivitäten laufen nur auf eins raus: mit gemeinen Gerüchten und Lügen die Schuld von sich abzuschieben und den Opfern des Unglücks zuzuschanzen.

Den Kollegen aus anderen Abteilungen wird die Version vorgesetzt, am Telefon sei nicht richtig erklärt worden, wo sieh die Unfallstelle befindet, dabei ist das Martinwerk das Herzstück des Betriebes. Tage später, als der türkische Kollege Huesyin Aydemir im Krankenhaus gestorben ist (er hatte übrigens nicht die schlimmsten Verbrennungen von-den dreien) wird das Gerücht in Umlauf gesetzt, er sei selber schuld, da er sich im Krankenhaus immer die Schläuche usw. aus dem Mund gerissen hätte. Die Urheber dieser gemeinen Gerüchte sind einzeln schwer auszumachen, es ist aber klar, wen sie reinwaschen sollen, und es wirft ein bezeichnendes Licht auf den Vertrauensleutekörper, daß es oft genug verräterische V-Leute sind, die sich dazu hergeben, sie unter den Kollegen weiterzuverbreiten.

Die Todesanzeige

Die bürgerliche Presse berichtet zehn Tage lang überhaupt nichts über den Unfall. Erst nach dem Tod des türkischen Kollegen erscheint eine Meldung, ganze fünf Zeilen. Werksleitung und Betriebsrat sind längst zur Tagesordnung übergegangen. Routinemäßig verfassen sie ihre gemeinsame Todesanzeige für die Zeitung, wie immer maßen sie sich dabei an, auch im Namen der Belegschaft zu sprechen. Und weil der Tod eines Arbeiters für sie unerheblich ist, werden auch hierbei Kosten gespart.

In ihren Augen hat der verunglückte türkische Kollege nur eine Anzeige von 13 x 10 cm verdient. Bei einem Prokuristen sind es schon 13 x 14 cm, ganz zu schweigen von den halbseitigen Anzeigen in allen großen überregionalen Zeitungen, die der Betriebsrat für den verhaßten Ausbeuter Harders drucken ließ.

Doch damit nicht genug. Die Kollegen sind empört, als sie in der Anzeige lesen: „Huesyin Aydemir ist am 12. November 1976 an den Folgen eines Unfalls verstorben." Bestimmt ein Verkehrsunfall, denken die meisten unbeteiligten Leser. Daß dahinter Methode steckt, zeigt sich eine Woche später. Ein Kollege stirbt auf dem Weg zur Arbeit bei einem Verkehrsunfall. Hier heißt es in der Todesanzeige natürlich: „Verstorben an den Folgen eines Unfalls, den er auf dem Weg zur Arbeit erlitten hat."

Die Arbeiter werden dieses Verbrechen der Kapitalisten nicht vergessen

Drei Monate später, auf der nächsten großen Belegschaftsversammlung des Werkes, hören die 2.000 anwesenden Kollegen wieder die alte Leier des Betriebsrats: Kollegen, paßt besser auf, damit wir Unglücksfälle verhindern. Von Huesyin Aydemir, von dem Unfall im Martinwerk sagt der Betriebsratsvorsitzende kein Wort. Er hofft, daß keiner darauf zu sprechen kommt, er hofft auch, daß es keinem auffällt, daß er diesmal die sonst übliche Gedenkminute für die verunglückten Kollegen unter den Tisch hat fallen lassen.



Bei den spontanen Streiks 1969 hängten Hoesch-Arbeiter eine Puppe des verhaßten Ausbeuters Harder auf.

Doch diese Rechnung geht nicht auf. Unter breitem Beifall der anwesenden Arbeiter und kleinen Angestellten prangert ein Kollege aus dem Martinwerk diese Skrupellosigkeit der Kapitalisten und des Betriebsrats an, er weist noch mal nach, daß die Kollegen nicht Opfer eines Unglücks, sondern Opfer der Profitgier der Kapitalisten geworden sind. Er spricht den Kollegen aus dem Herzen, denn alle Versuche der kapitalisten und ihrer Handlanger, ihre Schuld zu vertuschen, konnten nicht verhindern, daß die Kollegen wissen und im Gedächtnis behalten, wer die Verantwortung dafür trägt.

Kämpft mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution

Wenige Tage nach dem Tod des türkischen Kollegen: Wir, die Genossen der Parteizelle, sind gerade dabei, eine neue Ausgabe unserer Betriebszeitung, der „Stählernen Faust", zu erstellen. Weil die Kapitalisten immer behaupten: Verbrennungen über 50% bedeuten den sicheren Tod — haben wir beschlossen, einen Bericht aus einem sozialistischen Land abzudrukken, der die Rettung eines Soldaten mit 90% Verbrennungen dritten und vierten Grades schildert. Der Titel des Artikels heißt: „Der Tod des Kollegen Aydemir — kein unabwendbarer Schicksalsschlag."

Die Betriebszeituhg ist noch nicht fertig, da erfahren wir: erneuter Unfall im Martinwerk auf Union, vier Kollegen erleiden beim Abgießen mit den neuen großen Pfannen Verbrennungen, diesmal nicht so schwere, aber die Ursache sind ebenfalls wieder unzureichende Schutzvorrichtungen. Fünf Tote auf den Hoesch-Hütten in Dortmund allein im letzten halben Jahr.

Unter den Kollegen, die oft schon zwanzig und dreißig Jahre tagaus, tagein für die Hoesch-Kapitalisten schuften, gibt es kaum einen, der es noch nicht selbst unmittelbar erlebt hat, wie einer aus ihrer Mitte am Arbeitsplatz sein Leben lassen mußte. Hoesch — ein Name für Stahl, diesen Slogan der Kapitalisten liest man überall in Dortmund. Für die Arbeiter aber war und bleibt es stets: **Blutiger Stahl.** Zwar konnten sie in langen Kämpfen über Jahrzehnte gewisse Verbesserungen erkämpfen, doch die Ursachen und die wahren Schuldigen in Chefetagen und Konzernbüro, sie blieben ungeschoren.

Doch daß einst der Tag kommen wird, an dem die Arbeiter mit all denen abrechnen werden, die uns ausbeuten und unterdrücken, das kündigte sich schon 1969 an, als die streikenden Hoesch-Arbeiter spontan eine Puppe des verhaßten Ausbeuters Harders aufhängten. Unsere Parteizelle kämpft dafür, daß anhand ihrer eigenen Erfahrungen immer mehr Kollegen erkennen: um ein für allemal Schluß zu machen mit diesem unmenschlichen System, müssen wir für die sozialistische Revolution in Ost und West, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, kämpfen.

2."Parteitag" der Gruppe Rote Fahne(KPD)

Fortschreitende Entartung und kosmetische Linienkorrekturen

Ende Juli fand in Duisburg der „2. Parteitag" der Gruppe Rote Fahne (KPD) statt, am 10. September feierte die GRF dieses Ereignis mit einer Veranstaltung in der Stadthalle Offenbach. Diese beiden Veranstaltungen und die dort verabschiedeten Dokumente geben einmal mehr Gelegenheit, grundlegend zu überprüfen, wohin diese Organisation geht und wie es um sie bestellt ist. Betrachtet man die gegenwärtige Situation und Praxis der GRF und gleichzeitig die Resolutionen, die auf dem Parteitag angenommen wurden, dann fallen zwei Tendenzen sofort ins Auge: Auf der einen Seite schreitet die GRF fort auf dem Weg zu einer sozialchauvinistischen Sekte, die sich in den Betrieben und Massenorganisationen immer mehr isoliert und deren Einfluß zusehends sinkt. Auf der anderen Seite aber und eben als Reaktion auf diese Lage, nehmen die GRF-Führer gewisse, wenn auch nur oberflächliche kosmetische Korrekturen an ihren theoretischen Positionen vor. All diese Korrekturen gehen in dieselbe Richtung: den Opportunismus und Sozialchauvinismus besser hinter marxistisch-leninistisch klingenden Phrasen zu verstecken. Und all diesen Korrekturen merkt man gleichzeitig an, daß sie unter dem Einfluß unserer prinzipienfesten Kritik und Polemik vorgenommen werden, daß sie Zugeständnisse in Worten an die korrekte Linie der KPD/ML sind.

Verschleierungstaktik

Beginnen wir bei der Frage, die im Mittelpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt und den Verfechtern der revisionistischen „Drei-Welten-Theorie" steht: die Frage der internationalen Lage, der Kriegsgefahr und der Strategie und Taktik der Kommunisten in dieser Situation. In der Praxis geht die GRF (KPD) ihren sozialchauvinistischen Weg immer weiter und entwickelt dabei erstaunliche Fähigkeiten, bürgerliche und reaktionäre Politiker aller Schattierungen immer wieder bei ihren finsteren Taten zu rechtfertigen und theoretische „marxistisch-leninistische" Begründungen für die Fortschrittlichkeit ihres Tuns zu finden, wenn es nur in ihr konterrevolutionäres „Drei-Welten"-Konzept paßt. Auf der anderen Seite haben die GRF-Führer begonnen, aufgrund des Widerstands eines Teils ihrer Mitgliedschaft und in realistischer Einschätzung ihrer ideologischen Niederlage einzelne besonders extreme Äußerungen der Unterstützung des US-Imperialismus fallenzulassen und durch wohlklingendere Formulierungen zu ersetzen, wobei für die Prinzipienlosigkeit der GRF-Führer spricht, daß dies keinerlei Auswirkungen in der Praxis hat.

Beispielsweise wird es heute von ihnen möglichst vermieden, ausschließlich vom sowjetischen Sozialimperialismus als dem Hauptfeind der Völker der Welt zu sprechen; stets tauchen auch die US-Imperialisten in diesem Zusammenhang auf, jedenfalls in programmatischen Schriften, und jedenfalls solange es noch um Allgemeinheiten geht. Im Verlaufe der Argumentation (etwa in ihren Parteitags-Resolutionen) tritt dann „insbesondere der Sozialimperialismus" immer mehr in den Vordergrund, bis dann, wenn es um die Kampfaufgaben geht, der US-Imperialismus als Supermacht und Feind der Völker gänzlich verschwunden ist. Oder was nützt es etwa, wenn schamhaft (und bisher nur mündlich) zugegeben wird, es habe Kräfte in der Partei gegeben, die den US-Imperialismus stärken wollten, wenn eben diese Kräfte erneut in die oberste Parteiführung gebracht werden, ohne jemals wegen ihrer konterrevolutionären Politik zur Rechenschaft gezogen worden zu sein?

In Wirklichkeit die alte Linie

Überhaupt muß man die Wahrheit über die Linie der GRF (KPD) ja nicht in ihren allgemeinen Phrasen suchen, sondern in ihren Taten, und in ihren Schriften dort, wo es konkret wird. Da heißt es dann etwa nach wie vor, „daß der sowjetische Sozialimperialismus der Hauptfeind der europäischen Völker und Nationen ist. Hauptsächlich haben wir uns auf eine Aggression des sowjetischen Sozialimperialismus vorzubereiten." „Er ist der Hauptfeind des ganzen deutschen Volkes. Gegen ihn müssen die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk im Kampf um das unabhängige, vereinte und sozialistische Deutschland den Hauptschlag richten." Um sich vor einer klaren Aussage herumzudrücken, heißt es weiter: „In der BRD fällt der Hauptwiderspruch mit dem Grundwiderspruch zusammen. Seine klassenmäßige Ausprägung ist der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Arbeiterklasse muß in der BRD gegen die beiden imperialistischen Supermächte, insbesondere gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, und gegen die westdeutsche Bourgeoisie kämpfen." (RF 36/77, S. 4)

Gerade sie, die der KPD/ML und den kommunistischen Parteien der ganzen Welt vorwerfen, im Weltmaßstab keinen einzelnen Hauptfeind zu benennen (sondern zwei: die beiden Supermächte), die unter dem Vorwand, es könne nur einen Hauptfeind geben, den US-Imperialismus in Schutz nehmen, sie können in ihren programmatischen Resolution keinen Hauptfeind für die Bundesrepublik benennen!? Allerdings müssen sie im Gegensatz zu früheren Äußerungen zugeben, daß der Hauptwiderspruch in der Bundesrepublik der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist. Der nächste Schritt wäre festzustellen, welches die herrschende Bourgeoisie in der Bundesrepublik ist, denn die Frage der Staatsmacht ist die entscheidende Frage jeder Revolution. Aber den GRF-Führern geht es ja gerade darum, sich um die Frage der Staatsmacht herumzumogeln, und so erwähnen sie sie in ihrer Resolution gar nicht. Aber gegen wen sie den Hauptschlag führen wollen, das wissen sie: „Der ideologische Kampf muß sich auch gegen jene „links"opportunistischen Haltungen richten, die den Hauptschlag unter den gegenwärtigen Bedingungen gegen den BRD-Imperialismus richten und damit dem Sozialimperialismus in die Hände arbeiten." (ebenda, S. 7)

Mit der proletarischen Revolution nichts im Sinn

Daß es mit dem „Hauptwiderspruch Proletariat-Bourgeoisie" aber auch sonst nicht weit her ist, zeigt sich daran, daß die „politische Hauptaufgabe", der sie alles andere unterordnen wollen, nicht die Entwicklung der Partei und einer revolutionären Einheitsfront mit dem Ziel der proletarischen Revolution ist, die allein den Hauptwiderspruch Proletariat-Bourgeoisie lösen kann, sondern ihre „politische Hauptaufgabe" ist: „Kampf für den antihegemonistisch-demokratischen Zusammenschluß der Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse!" Und durch diesen Zusammenschluß sollen allerlei demokratische und ökonomische Forderungen durchgesetzt werden, nur mit der proletarischen Revolution hat er nichts im Sinn. Daß die „Unabhängigkeit und Freiheit", die das Ziel dieses Zusammenschlusses sind, klassenmäßig bürgerlich, kapitalistisch ist, das sieht man schon daran, daß *nach* der Erringung dieser Unabhängigkeit und Freiheit der GRF die „werktätigen Massen die Waffen nicht aus der Hand geben" sollen, um dann später die proletarische Revolution durchzuführen. Man sieht: Es handelt sich mal wieder um eine Zwischenetappe, wie sie die Opportunisten und Revisionisten der Arbeiterklasse stets empfehlen wollen, um sie vom Weg der proletarischen Revolution abzubringen.

Verteidiger des Imperialismus

Denn in Wirklichkeit geht es den GRF-Führern gar nicht um die proletarische Revolution und den Weg dahin. Das wird immer dann besonders klar, wenn sie im Eifer des Gefechts einmal nicht in belehrendem Ton und mit erhobenem Zeigefinger einfache Sachverhalte in möglichst komplizierte Sophistereien verwandeln, sondern wenn sie über ihre eigenen Weltuntergangsbilder in Angst und Schrecken geraten und etwa ausrufen: „Wir müssen den Gedanken unter die Massen tragen, daß sie im Falle einer Okkupation das Gewehr ergreifen müssen, um Unabhängigkeit und Freiheit zu *verteidigen*" (Hervorhebung von uns) *Verteidigen* kann man aber bekanntlich nur etwas, was man bereits hat. Die GRF-Führer sind also der Meinung, daß die Volksmassen in der Bundesrepublik Unabhängigkeit und Freiheit genießen! Dann allerdings wird auch vollends klar, warum keine proletarische Revolution notwendig ist. Das muß man sich einmal vorstellen: Eine Organisation, die sich „Kommunistische Partei Deutschlands" nennt, fordert die Volksmassen eines imperialistischen Landes auf, im Falle einer Aggression seitens eines anderen imperialistischen Landes ihre „Unabhängigkeit und Freiheit" mit der Waffe in der Hand zu verteidigen! Die verräterischen sozialdemokratischen Führer von 1914 noch würden angesichts einer solchen Formulierung vor Neid erblassen. Und dann empören sich diese elenden Sozialchauvinisten, daß man sie beim Namen nennt und fühlen sich verleumdet!

Dieses Zitat ist so etwas wie die Quintessenz der Linie der GRF-Führer, des Pudels Kern. Es beweist, daß alle Formulierungsänderungen, mit oder ohne „Selbstkritik", nichts an der konterrevolutionären sozialchauvinistischen Linie dieser Leute geändert haben, ja daß sie in Wirklichkeit auf diesem Weg noch weiter gegangen sind als bisher. Und noch mehr wird an einem solchen Zitat deutlich: etwa, warum die GRF-Führer so große Sympathie mit sämtlichen revisionistischen und sonstwie bürgerlichen Ost-„Dissidenten" haben. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie das westliche imperialistische System dem unter der Vorherrschaft des Sozialimperialismus stehenden vorziehen, daß sie im Westen recht zufrieden sind mit der gebotenen „Freiheit und Unabhängigkeit", bei aller Kritik und allem Geschwafel, wie wünschenswert doch der Sozialismus wäre. Dies ist auch die Grundlage für die in letzter Zeit zunehmenden Anbiederungsversuche der GRF (KPD) bei diversen sozialdemokratischen Strömungen, für die zahlreichen Aktionseinheitsangebote an Jusos und Falken, die von ihnen als „sozialistische Jugendorganisationen" bezeichnet werden.

Defaitismus

Auf der Grundlage einer solchen Haltung zum Imperialismus entwickeln die GRF-Führer dann ihre „Strategie". Anstatt alles zu tun, damit die Revolution dem Krieg zuvorkommt, beschließen sie schlicht: „Dennoch müssen wir feststellen, daß in Europa die Faktoren des Krieges schneller wachsen als die Faktoren der Revolution." (S. 4) Damit hat sich's. Und von diesem Geist des Defaitismus sind all ihre Resolutionen geprägt, daraus ziehen sie all ihre Schlußfolgerungen. Ihre „antihegemonistisch-demokratische Volksbewegung" muß selbstverständlich „den Hauptschlag gegen den sowjetischen Sozialimperialismus" richten. Daß dieser Hauptfeind in der Bundesrepublik nicht direkt greifbar ist, ist dabei ein ganz offensichtlicher Mangel, denn wirklich *kämpfen* können die Volksmassen ja schlecht gegen eine Macht, die ihnen gar nicht direkt gegenübersteht. Allein dies zeigt schon wieder deutlich, daß die ganze Strategie der GRF-Führer eine Politik der Erhaltung des Gegebenen und nicht eine der Revolution ist.

Sozialchauvinistische Blüten

Und unter dem Wust von „marxistisch-leninistischen" Phrasen finden sich noch zahlreiche ähnliche Blüten des Sozialchauvinismus in den Resolutionen der GRF (KPD). So wird etwa gegenüber der DDR energisch gefordert, sie müsse alle Truppen und Militärberater aus fremden Ländern abziehen. Zweifellos eine richtige Forderung. Nur bedauerlicherweise findet sich eine solche Forderung *für die Bundesrepublik nirgends!* Es findet sich die Losung: „Keine Beteiligung von deutschen Soldaten an Aggressionen des Sozialimperialismus!" Richtig. Über die Beteiligung *westdeutscher* Soldaten an Aggressionen des US-Imperialismus oder an selbständigen Aggressionen liest man nichts. Wie soll man Leute, die auf die Verbrechen ausländischer Imperialisten mit dem Finger zeigen, den eigenen Imperialismus aber ausdrücklich verschonen, anders nennen, als Sozialchauvinisten?

Darüber hinaus findet man in den Resolutionen noch allerlei taktische Überlegungen, wie etwa: „Es ist deshalb notwendig, in die Debatten innerhalb der Bourgeoisie zu Fragen der Kriegsgefahr, des Vorherrschaftsstrebens und der Unabhängigkeit einzugreifen und unsere Positionen darzulegen." Oder: „Trotz der inneren Schwäche der Bundeswehr als bürgerliche Armee müsssen wir danach trachten, daß möglichst große Teile dieser Armee im Falle eines Angriffs des sowjetischen Sozialimperialismus Widerstand leisten", und sie beklagen sich daher über die Bundeswehr-Generale, denn sie „untergraben die Kampfkraft der Wehrpflichtigen". Und über den Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten unter den wohlwollenden Augen der US-Imperialisten: „Wir betrachten den EG-Zusammenschluß deshalb der Hauptsache nach als positiv, weil er sich der Tendenz nach gegen die Supermächte, insbesondere den sowjetischen Sozialimperialismus wendet." (S. 4)

Gewerkschaftstaktik — noch rechter

Wir können hier nicht auf alle Fragen eingehen, die durch die Resolutionen aufgeworfen werden. Erwähnenswert ist sicherlich noch, daß die GRF (KPD) ihre Gewerkschaftslinie und in diesem Zusammenhang ihre Hauptparole zur Gewerkschaftsarbeit zum viertenmal in vier Jahren geändert hat. Die Politik wird sicherlich noch rechtsopportunistischer werden als bisher, denn an der bisherigen Linie wurde vor allem das „revolutionäre" in der Parole „Stärkt die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung" kritisiert. Die Losung: „Hinein in die Gewerkschaften!" wird ersetzt durch „Kämpft in den Gewerkschaften", was dasselbe ist. Hinzu kommt nun der Zusatz: „Für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfs!" Dies ist sicherlich eine richtige Losung, die seit jeher von den Kommunisten aller Länder vertreten worden ist. Nur ist das *Ziel* des Klassenkampfs zunächst die Revolution und es ist gerade das Kennzeichen aller Opportunisten, dieses Ziel aus der Gewerkschaftsarbeit herauszuhalten. Diesen Weg geht die GRF nun noch konsequenter als früher. Beide Parolen zusammen orientieren die Arbeiterklasse allein auf den DGB und liefern sie damit den reaktionären Gewerkschaftsbonzen aus, weil keine Perspektive der selbständigen Organisierung im revolutionären Klassenkampf aufgezeigt wird.

„Neue Erkenntnisse" im Parteiaufbau?

Erwähnenswert ist ebenfalls, daß die GRF-Führer heute, wo sie siebeneinhalb Jahre nach Gründung ihrer Organisation gegen die bestehende kommunistische Partei, die KPD/ML, weniger Menschen mobilisieren können als jemals vorher in der Geschichte ihrer Organisation, heute wo zur Feier ihres „2. Parteitags" nur noch halb so viel Menschen zusammenkommen wie drei Jahre zuvor in Düsseldorf anläßlich ihres „1. Parteitags", heute nun „entdecken" sie auf einmal die marxistisch-leninistische Parteiaufbautheorie und stellen fest, daß sie sich in der ersten Phase des Parteiaufbaus befinden, in der die Hauptaufgabe nicht die Führung der Kämpfe der Millionenmassen ist, sondern die Gewinnung der Avantgarde des Proletariats usw. Ohne Selbstkritik, ohne Untersuchung der Wurzeln des „Fehlers", ohne grundlegende Konsequenzen zu ziehen, wird auf einmal diese „neue Linie" aus dem Hut gezogen. Ein Einschwenken auf marxistisch-leninistische Positionen? Von wegen! Ein opportunistisches Manöver mehr, um ihre Haut zu retten, um sich unserer Polemik und der Wucht der Tatsachen zu entziehen!

Offensichtlich gelingt es den GRF-Führern jetzt auch nicht mehr, ihren Mitgliedern, die sich ja ansonsten in den vergangenen Jahren so einiges haben einreden lassen, die Schau von der starken Arbeiterpartei vorzuspielen, die die Kämpfe der Millionenmassen an allen Fronten anführt. Anstatt aus der Erkenntnis einer weiteren grundlegenden Abweichung vom Marxismus-Leninismus schon bei der Gründung ihrer Organisation den einzig richtigen Schluß zu ziehen, diese vom Fundament über den Bauplan, das Material und den tatsächlichen Aufbau völlig morsche Organisation endlich aufzulösen, ziehen es die GRF-Führer einmal mehr vor, eilends so zu tun, als hätten sie das alles immer schon gesagt und zu-versuchen, ihren Verein noch einmal zu konsolidieren.

Unaufhaltsamer Niedergang

Insgesamt muß man heute feststellen, daß die Gruppe Rote Fahne einen langsamen, aber beständigen Niedergang erlebt, der durch die nicht einmal 2.500 Teilnehmer an der Veranstaltung in Offenbach sogar nur unzureichend wiedergegeben wird. Dieser Niedergang hat seine Ursache in der revisionistischen, konterrevolutionären sozialchauvinistischen Linie und Praxis dieser Gruppe, und deshalb soll dieser Charakter ihrer Politik neuerdings etwas besser verschleiert werden. Aber die Richtung ist geblieben, die Entartung ist noch weiter fortgeschritten und der Weg zu einer völlig von der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen losgelösten Sekte mit provokatorischem Einschlag, wie es ihre portugiesische „Bruderpartei", die Vilar-Bande bereits ist, scheint vorgezeichnet. Kein ehrlicher Revolutionär kann diesen Weg mitgehen wollen. Daher ist es für jeden Anhänger der Gruppe Rote Fahne, der es ernst meint mit dem Sozialismus und der proletarischen Revolution, allerhöchste Zeit, sich von dieser Organisation loszusagen.

Aus aller Welt

TANSANIA

Diskussion über den Artikel „Theorie und Praxis der Revolution" von „Zëri i Popullit"

Ende August wurde an der Universität von Daressalam eine Diskussion über die Haltung der Partei der Arbeit Albaniens zu den Theorien über die „drei Welten", die „blockfreien Länder" usw. durchgeführt. Über 600 Lehrer und Studenten beteiligten sich an der Veranstaltung. Der Artikel „Theorie und Praxis der Revolution", der vorher überall verteilt worden war, bildete die Grundlage der Diskussion. Zwei Professoren und ein Student gaben zu Beginn der Veranstaltung eine genaue Analyse der Probleme, die in dem Artikel angesprochen sind. Sie schätzten die prinzipienfeste und revolutionäre Haltung der PAA zu den grundlegenden ideologischen und politischen Problemen unserer Zeit sehr hoch ein.

Die Diskussion war lebendig. Die Sprecher wiesen auf die hauptsächlichen Widersprüche der Epoche und auf die Klassengegensätze in der Welt hin. Die Professoren und Studenten, die das Wort ergriffen, bekräftigten, daß die „Theorie der drei Welten" falsch ist, weil sie keinen Unterschied macht zwischen revolutionären und fortschrittlichen Kräften auf der einen und den reaktionären und faschistischen Regimes, den Werkzeugen des Imperialismus und Sozialimperialismus auf der anderen Seite, weil sie die Einheit der Völker in den ehemaligen Kolonien mit ihren früheren Kolonialherren predigt.

Die Sprecher drückten ihre vollständige Solidarität mit dem Standpunkt der PAA aus und viele von ihnen betrachteten die tiefe Klassenanalyse von „Zëri i Popullit" als eine wertvolle Hilfe der PAA und des Genossen Enver Hoxha für die richtige Orientierung im Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, gegen jede Form von Reaktion und den Opportunismus aller Schattierungen.

HONDURAS

In Cortez, Ocotepeque und anderen Provinzen von Honduras drangen Tausende bewaffnete Bauern in die Plantagen der Gutsherren ein und forderten, daß der Boden denen gegeben wird, die ihn bebauen. Die Bauern organisierten auch Demonstrationen, um ihre Forderung zu bekräftigen. Sie erklärten, daß die Gutsherren ihnen den Boden mit Gewalt geraubt hätten und daß sie ihn zurückerkämpfen würden. Außerdem forderten die Bauern, daß der Ausbeutung der Reichtümer des Landes durch die ausländischen Monopole ein Ende gesetzt wird.

KOLUMBIEN

Zu schweren Kämpfen mit den Organen des Unterdrückerregimes ist es während des Generalstreiks in Kolumbien während der letzten Woche gekommen. Die kolumbianischen Arbeiter waren in den Ausstand getreten, um sich gegen die ständige Steigerung der Lebenshaltungskosten zu wehren. Im Vergleich zu 1976 sind die Preise in diesem Jahr um 48% gestiegen. Deshalb kämpfen die Arbeiter Kolumbiens jetzt für höhere Löhne. Das reaktionäre Regime erklärte den Generalstreik sofort für illegal und versuchte ihn mit äußerster Brutalität zu brechen. Die Truppen des Regimes, die gegen die Arbeiter eingesetzt wurden, ermordeten 15 von ihnen und verletzten über hundert andere. Aber die Streikenden setzten sich mutig zur Wehr. Wie berichtet wird, griffen sie dabei auch die Militärfahrzeuge an. Im Laufe der Kämpfe wurden mehr als 4.000 Arbeiter willkürlich verhaftet. Der Chef des reaktionären kolumbianischen Regimes, Lopez, ordnete persönlich an, daß alle diese Arbeiter für 280 Tage eingekerkert werden.

OSTTIMOR

Die patriotischen Kräfte Osttimors kämpfen entschlossen für die vollständige Befreiung ihres Vaterlandes vom Joch der indonesischen Besatzer. In der ersten Hälfte dieses Jahres haben die Besatzertruppen erhebliche Verluste sowohl an Menschen wie auch an Kriegsmaterial erlitten. Sie wurden gezwungen, sich in der Hauptstadt Dili und einigen anderen Städten des Landes zu verkriechen. Etwa 80% des Gebiets von Osttimor ist bereits in der Hand der patriotischen Kräfte.

Das Volk von Osttimor kämpft jetzt in den noch nicht befreiten Gebieten an der Südwestküste des Landes, wo in der letzten Zeit etwa 100 Mann der Besatzertruppen ausgeschaltet wurden. Ende August schlugen die patriotischen Kräfte im Gebiet von Bancan erfolgreich einen Angriff der indonesischen Kräfte zurück und töteten 20 Soldaten. Die Verstärkung des bewaffneten Kampfes hat die Zuversicht des Volkes auf die Befreiung des Landes erhöht und die indonesischen Besatzer und ihre Schutzherren in Washington in Alarmzustand versetzt.

Angesichts seiner schwierigen Lage hat das reaktionäre Suharto-Regime mit der direkten Unterstützung des US-Imperialismus weitere Maßnahmen ergriffen, um den bewaffneten Kampf zu ersticken. Heute sind in Osttimor etwa 45.000 Soldaten konzentriert, die immer neue Ausrottungsfeldzüge gegen das Volk durchführen, die die Dörfer der Bauern mit Napalmbomben vernichten und grausame Massaker unter den Volksmassen anrichten. All das zeigt deutlich die faschistische Fratze des Suharto-Regimes, das nicht nur das indonesische Volk unterdrückt, sondern auch die Nachbarländer mit Feuer und Schwert in Sklaverei halten will. Zu verlangen, daß das indonesische Volk oder das Volk Osttimors nicht gegen die Diktatur Suhartos kämpfen sollen, dieses Regime für eine revolutionäre Triegkraft, die das Rad der Geschichte vorwärtstreibt, auszugeben, wie das die Opportunisten propagieren, das bedeutet, den gerechten Kampf der Völker für nationale und soziale Befreiung zu hintertreiben, den Klassenkampf zu verleugnen, das bedeutet, die revolutionären Kräfte mit den faschistischen Lakaien des Imperialismus in einen Topf zu werfen. Die Siege, die das Volk von Osttimor in seinem Kampf errungen hat, beweisen erneut die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen These, daß ein Volk, möge es auch noch so klein sein, unbesiegbar ist, wenn es für eine gerechte Sache, für seine Freiheit und Unabhängigkeit, gegen Unterdrückung und Kolonisierung kämpft.





Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien Griechenland





Bonner Hetze gegen südafrikanische Patrioten

Herr Todenhöfer und sein Zeuge

Der CDU-Rassist Todenhöfer, der gemeinsam mit seinen Parteifreunden Strauß und Graf Huyn im Zusammenspiel mit der Springerpresse eine wüste faschistische Hetzkampagne gegen die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika entfacht hat, ist in arge Bedrängnis geraten. Vertreter der südafrikanischen Patrioten und einiger afrikanischer Länder haben in Bonn die schmutzigen Lügengeschichten dieses offenen Reaktionärs über angebliche kommunistische Massaker entlarvt und ihn in die Ecke gedrängt.



Hans Germani (3. v. l.) als Kongo-Söldner im „Fünften Kommando" des Michael Hoare (2. v. r.).



Todenhöfer mit Hans Germani, dem BILD am SONNTAG-Korrespondenten (rechts)

…werden junge schwarze Rhodesier von der „patriotischen Front" rekrutiert und eingesetzt. BILD am SONNTAG-Korrespondent Hans Germani war dabei – hier sein Bericht.

Ich flog mit Todenhöfer in …er wild schaukelnden kleinen Maschine nach dem …rand Reef" – Flugplatz bei …tali, von dort ging es im minengeschützten Landrove… nach Odzani, zur Farm de… weißen Marius Sleigh, wo kur… zuvor die Terroristen der „patriotischen Front" schwarze Kinder, Frauen und Männer massakriert hatten. Todenhöfer wollte mit eigenen Augen feststellen, welche Aktionen die von der Bundesregierung unterstützte „patri… Front" begeht.

Jetzt will Todenhöfer Zeugen für seine Märchen präsentieren. Denn er sei ja schließlich nicht alleine in dem „Dorf des Grauens" gewesen, wo die angeblichen Terroristen ihr Blutbad angerichtet hätten. Was mögen das für Zeugen sein? Nach „Bild am Sonntag", das Todenhöfers Greuelmärchen am 28. August groß aufgemacht brachte, war der CDU-Rassist bei seiner Rundreise durch Südafrika vom „Bild"-Korrespondenten Hans Germani begleitet worden. Es lohnt sich, diesen Germani einmal näher zu betrachten. Bevor er Lohnschreiber bei Springer wurde, ging er in Afrika einer anderen Beschäftigung nach: Er war Söldner und diente unter anderem im berüchtigten „Fünften Kommando" des Söldnerführers Michael Hoare, das sich, vom USA-Imperialismus gegen den Befreiungskampf des kongolesischen Volkes eingesetzt, durch grausame Massaker an der Zivilbevölkerung hervorgetan hatte.

Und dieser Faschist, der heute nicht mehr selber mordet, sondern „nur" noch in Springers Sold den Kriegsberichterstatter für die rassistischen Cliquen in Pretoria und Salisbury macht, ist der Begleiter und „Zeuge" des Herrn Todenhöfer. Der CDU-Experte ist aber nicht etwa zufällig in die Gesellschaft dieses Ex-Söldners geraten. Daß er mit den offen rassistischen Vorstellungen von Leuten wie Germani übereinstimmt, zeigte er auch darin, daß er in der vorletzten Woche ein herzliches Grußtelegramm an ein sogenanntes „Südafrika-Seminar" in Coburg sandte.

Dort hatte sich, geschart um den NPD-Führer von Thadden, der ganze Abschaum der offenen Rassisten versammelt. Starredner war der deutschstämmige Siedler Lichtenfeld aus Namibia („Südwest-Afrika"), der sich so verlauten ließ: „Wer sein eigenes Fleisch und Blut verrät, wer Kulturvölker primitiven Mörderbanden ans Messer liefert, der hat das Recht zu leben verwirkt." Und mit den „Mörderbanden" meint dieser Faschist natürlich die Befreiungsbewegungen der Völker Südafrikas.

Warum ist den Bonner Herren so daran gelegen, diese Hetze zu fördern und selbst zu betreiben? Sie sind erschreckt von den großartigen Kampferfolgen der südafrikanischen Patrioten, sie fürchten, daß es vor allem in Namibia nur noch eine Frage der Zeit ist, daß dort im bewaffneten Kampf das rassistische Besatzerregime abgeschüttelt wird. Die Bonner Imperialisten haben schon lange ihre gierigen Krallen nach Namibia und den anderen Ländern Südafrikas ausgestreckt. Sie plündern die Rohstoffe dieser Länder aus, die westdeutschen Monopole haben dort ihre Filialen errichtet, in denen sie die billige schwarze Arbeitskraft ausbeuten. Und ihre ganze Sorge gilt jetzt dem Versuch, zu verhindern, wie es der Bundestagsabgeordnete Graf Huyn unverhohlen sagte, daß die dort lagernden „Rohstoffreserven von größter strategischer Bedeutung nicht an die Kommunisten verlorengehen." Zu verhindern also, daß das namibische Volk die Reichtümer seines Landes den Klauen der Imperialisten entreißt.

Deshalb entfachen sie ihre Hetzkampagne gegen die Befreiungsbewegungen deshalb stützen sie mit allen Mitteln, einschließlich einer umfangreichen Militärhilfe die Rassisten-Regime, die Wächter ihrer imperialistischen Interessen im südlichen Afrika. Deshalb verweisen sie auch stets auf die „besondere Rolle", die Bonn in bezug auf Namibia spielen müßte. Denn dieses Land war bis zum ersten Weltkrieg eine deutsche Kolonie und nach wie vor betrachten die Bonner Imperialisten die dort lebenden deutschstämmigen Siedler und ihre Führer vom Schlage eines Lichtenfeld als wichtige Stütze für ihr weiteres Eindringen nach Südafrika. So unterhält Bonn, mit dem Hinweis auf die deutschen Siedler, die es vertreten müßte, bis heute als einziges europäisches Land ein Konsulat in Namibia, was eine Anerkennung der Besetzung dieses Landes durch das Vorster-Regime bedeutet.

Die westdeutschen Imperialisten sind genau solche Todfeinde der Völker Afrikas wie die beiden Supermächte. Deshalb werden die um ihre Freiheit kämpfenden Völker nicht nur die südafrikanischen Rassisten niederschlagen, sondern auch die Supermächte, die westdeutschen und alle anderen Imperialisten aus dem südlichen Afrika verjagen müssen.

Rassistenchef Kruger in Südafrika:

"Der Tod Bikos lässt mich kalt"

Der schwarze Studentenführer Steve Biko, seit dem 22. August eingekerkert, ist von den Schergen des rassistischen Vorster-Regimes kaltblütig ermordet worden. Biko war, wie alle azanischen Patrioten, von den reaktionären Behörden faktisch für vogelfrei erklärt worden. Aufgrund des faschistischen Notstandsgesetzes kann in Azania (Südafrika) jeder Schwarze nach Belieben von der Polizei verhaftet und ohne Gerichtsverfahren eingekerkert werden.

So hatte Biko auch im letzten Jahr schon über hundert Tage im Gefängnis gesessen. Als sie ihn jetzt wieder holten, trat der Student in den Hungerstreik. Acht Tage später war er tot. Sofort schrien die Rassisten-Chefs, Biko habe sich selbst umgebracht. „Bikos Tod läßt mich kalt", erklärte kaltschnäuzig der Justizminister Kruger. Und eine Obduktion wollen sie nicht zulassen. Sie haben auch alle Gründe dazu. Denn Biko, der erst dreißig Jahre alt war, war bei seiner Verhaftung, wie seine Witwe sagte, „gesund und kräftig". Niemals hätte ihn ein Hungerstreik von einer Woche töten können.

Der Versuch, den Mord an politischen Gefangenen den Häftlingen selbst in die Schuhe zu schieben, ist für die südafrikanischen Rassisten nicht neu. Seit dem März letzten Jahres hat es allein 21 solche angeblichen „Selbstmorde" gegeben. Da heißt es in den Protokollen der Gefängnisschergen, die Patrioten hätten sich erhängt, sie „fielen oder sprangen in den Tod" usw. Wie machten es doch die deutschen Faschisten? Sie schrieben in den Totenschein „auf der Flucht erschossen" oder noch einfacher „Tod durch Herzversagen". Der Rassistenchef Vorster, der früher an der Seite Hitlers gegen die Völker ins Feld gezogen ist, hat offensichtlich dort sein blutiges Handwerk gut gelernt.

Und nach der Ermordung Bikos überzogen die Rassisten das Land mit einer Welle des Terrors. Trauer um den Studentenführer war verboten. Die Trauermärsche wurden von den Polizeikommandos auseinandergeprügelt, über tausend Teilnehmer an diesen Demonstrationen verhaftet.

Auch Bonn sagte sein Wort dazu: Man zeigte sich „betroffen". Diese Heuchler! Am gleichen Tag, an dem die angebliche Betroffenheit ausgedrückt wurde, machte sich der Regierungspolitiker Bangemann im Europa-Parlament dafür stark, daß sich die EG-Länder nicht an dem von der UNO geforderten Wirtschaftsboykott gegen die südafrikanischen Rassisten beteiligen sollen.

Natürlich, ihre Betroffenheit kostet sie genauso wenig wie ihre zahllosen Erklärungen, die sie gegen die Rassentrennungspolitik des Vorster-Regimes abgeben. Damit wollen sie den afrikanischen Völkern Sand in die Augen streuen. Aber es gelingt ihnen nicht, ihre Rolle als Hintermann des rassistischen Unterdrückerregimes zu verschleiern. Bei dem Kongreß der afrikanischen Völker gegen den Rassismus, der vor einigen Wochen in Lagos durchgeführt wurde, standen neben den beiden Supermächten vor allem auch die Bonner Imperialisten unter der schweren Anklage der Völker.

Außerdem: Sicher haben die Herren in Bonn das vollste Verständnis für die Haltung des Vorster-Regimes im Fall Biko. Wen würden die Vorfälle um die Ermordung des afrikanischen Studentenführers nicht sofort an das erinnern, was sich beim Tod und bei der Beerdigung des Genossen Günter Routhier in Duisburg abspielte?

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Iranische Volksmassen im Kampf gegen das Schahregime

Der Kampf der iranischen Volksmassen weitet sich aus. In den letzten Monaten haben sich die Werktätigen in den Teheraner Vororten wiederholt der Unterdrückung widersetzt und der faschistischen Gewalt des Schah-Regimes die revolutionäre Gewalt des Volkes entgegengesetzt. Der Anlaß für die Ausbreitung der Kämpfe ist die Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen und vor allem die sich tagtäglich vergrößernde Wohnungsnot.

Mit der Durchführung der sogenannten „weißen Revolution" verschärfte sich vor allem die Ausbeutung und Unterdrückung auf dem Lande. Die Bauernmassen verlieren durch sie die minimalste Existenzgrundlage und sind gezwungen, in die Städte zu ziehen, um nach Arbeit zu suchen. Wie sogar die vom Regime abhängige Zeitung „Keyhan" am 29. 8. 77 berichtete, „wandern jährlich 200.000 in die Stadt Teheran aus". So sind heute über eine Million ehemalige Landbewohner in Slums rund um Teheran angesiedelt. Sie können sich die teuren Wohnungen in der Teheraner Innenstadt nicht leisten — die Monatsmiete eines Zimmers beträgt etwa 600 Tuman, was umgerechnet 200 DM sind und dem Monatslohn eines gutbezahlten Arbeiters entspricht. So entstanden rund um Teheran Elendssiedlungen aus Blech- oder Lehmhütten ohne Wasser und Strom und Verbindung zu den Verkehrsmitteln.

Das faschistische Schah-Regime versucht, dieses Leben der Werktätigen durch verschiedene Gesetze und Erlasse noch zu erschweren. So wurden diese Gebiete zu „außerhalb der Stadtgrenzen liegenden Gebieten" erklärt, in denen der Bau jeglicher Häuser verboten ist. Aber das angeordnete Bauverbot wurde durchbrochen und in der Nacht wurden mit der Hilfe von Nachbarn und Familienangehörigen neue Häuser errichtet. Daraufhin versuchten die Beamten des faschistischen Schah-Regimes, die Bevölkerung zur Einhaltung des Verbots zu zwingen, indem sie die Straßen absperrten, um die Zufuhr von Baumaterial in diese Gebiete zu verhindern. Aber die Bewohner haben gemeinsam und entschlossen den Bau fortgesetzt. Das faschistische Regime setzte wie immer nackte Gewalt ein.

Schon im letzten Jahr war es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Bewohnern und der Polizei gekommen, wobei mehrere Bewohner ermordet wurden. Trotzdem ließen sich die Massen nicht einschüchtern und es wurde weitergebaut. Vor einigen Monaten verstärkten die Behörden ihre Unterdrückung und überfielen die Bevölkerung in diesen Gebieten. Sie versuchten die „ohne Genehmigung" gebauten Häuser abzureißen, was auf starken Widerstand der Bewohner stieß. Im letzten Monat häuften sich die Überfälle. Die mit Bulldozern ausgerüstete, bewaffnete Polizei fiel in dieses Gebiet ein und riß einige Häuser ab.

Jedesmal kam es aber zu einer harten Auseinandersetzung mit der Bevölkerung. Die Bewohner haben mit allen Kräften, gemeinsam mit Frau und Kind ihre Häuser verteidigt und in mehreren Fällen die Beamten in die Flucht geschlagen. **Im Gebiet „Aliabad" mußten die faschistischen Beamten ihre Fahrzeuge und Bulldozer liegenlassen und das Gebiet aus Angst vor dem Zorn der Massen fluchtartig verlassen. Die Bulldozer und andere Fahrzeuge wurden durch die Bewohner völlig zerstört und in Brand gesteckt. Im Bezirk „Schahr Rey" besetzten die Bewohner das Rathaus und schlugen die Fenster ein. Der Bürgermeister und seine Beamten flüchteten und versteckten sich fünf Tage lang.**

Das Ausmaß der Kämpfe war so groß, daß die Regierungszeitungen jeden Tag ausführlich berichten mußten. Mehrere Bewohner wurden ermordet und einige schwer verletzt. Bei diesen Kämpfen haben die Massen erkannt, wie stark sie sind, wenn sie sich zusammenschließen.



Von den faschistischen Behörden zerstörte Häuser



Von den Slum-Bewohnern zerstörter Behördenwagen

Die Bewohner sind so entschlossen, daß sie keine Opfer scheuen. So sagte ein Mann aus „Aliabad": „Wenn sie nochmal unsere Häuser abreißen, werden wir nochmal bauen." Durch ihren Kampf haben die Werktätigen einen Sieg errungen, indem der Häuserbau in diesen Gebieten freigegeben wurde.

Die Wohnungsnot ist nur eines der Probleme des iranischen Volkes. Die iranische Wirtschaft ist völlig ruiniert. Die Preissteigerungsrate beträgt nach der Zeitung „Keyhan" „in den ersten zwei Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr 28,8%". Die Stromversorgung ist total zusammengebrochen. Die medizinische Versorgung der Volksmassen ist katastrophal, so daß die armen Patienten oft hinter den Krankenanstaltstüren sterben müssen — wenn sie überhaupt dorthin gelangen. In manchen Teilen des Landes kommt auf 120.000 Bewohner nur ein Arzt. („Keyhan" am 4. 9. 77)

Die Tatsachen beweisen, daß der angebliche Weg der „nationalen Unabhängigkeit", den das Schah-Regime nach den Worten einiger sogenannter Marxisten-Leninisten einschlägt, in Wirklichkeit der Weg der völligen Auslieferung des Landes an die Imperialisten, in erster Linie die amerikanischen, ist.

So hat sich z. B. das Außenhandelsdefizit des Regimes immer mehr vergrößert. Das Regime ist gezwungen, 80% der benötigten Nahrungsmittel aus dem Ausland zu beziehen — in den letzten neun Monaten für über eine Milliarde US-Dollar.

Über 60% der gesamten Einnahmen des Regimes, darunter die Einnahmen aus dem Export von Erdöl, werden für die Aufrüstung und Verstärkung des faschistischen Unterdrückerapparates, zum Ausbau der Armee ausgegeben, die die Volksmassen im eigenen Land niederhält, der Aggression gegen das um seine Freiheit kämpfende Volk von Oman dient und als Marionettenarmee des USA-Imperialismus eine ständige Bedrohung für die Völker am arabischen Golf ist. Von der Aufrüstung der Armee des Iran profitieren direkt die internationalen imperialistischen Rüstungskonzerne wie Chrysler, General Motors, Boeing, aber auch die Krupp und Flick. Über 30.000 US-imperialistische „Berater" sind im Iran stationiert, für die das Regime den US-Imperialisten jedes Jahr die Summe von 3,6 Milliarden DM bezahlt.

Die Unterstützung des Schah des Iran, dieses Kettenhundes des Imperialismus und seines faschistischen Regimes durch die Opportunisten, die die „Theorie der drei Welten" verfechten, ist eine direkte Sabotage des Kampfes der Völker des Iran. Während dieser Kampf immer stärker aufbrandet, predigen sie den Volksmassen, das Regime zu unterstützen und feiern die imperialistische Unterjochung und Ausplünderung als „Verfechtung der nationalen Interessen".

Die Völker des Iran können ihre Befreiung nur im entschiedenen revolutionären Kampf gegen das faschistische und antinationalistische Regime des Schah erreichen, durch die Vertreibung aller imperialistischen Unterdrücker mit den amerikanischen an der Spitze vom Boden ihrer Heimat. Die Revolution ist der einzige Weg der Völker des Iran zu ihrer nationalen und sozialen Befreiung. Es ist der Weg, auf dem die marxistisch-leninistische Organisation des Iran, Toufahn, kämpft, um die Volksmassen unter diesem Banner zu vereinigen und zum Sieg zu führen.

Massendemonstrationen in Madrid und Barcelona

Demonstrationen Hunderttausender in Madrid, Barrikadenkämpfe in Barcelona, wo sich eine Million Menschen in den Straßen der Stadt versammelten — die Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten Spaniens stehen im Kampf gegen das Regime Juan Carlos.



Die Demonstration in Madrid. Im Hintergrund ein Transparent in den republikanischen Farben und dem Namen der FRAP

Sie kämpfen unter den Fahnen der Republik gegen die faschistische Unterdrückung durch die Monarchie; sie kämpfen gegen die Not und das Elend, in die das kapitalistische Ausbeutersystem und die imperialistische Fremdherrschaft Dutzende von Millionen von Werktätigen gestürzt hat; sie kämpfen gegen die Inflation und Arbeitslosigkeit. In diesen Kämpfen stehen die Genossen der KP Spaniens/ML, der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Front (FRAP) und der Republikanischen Konvention an der Spitze.

Am 9. September versammelten sich in den Straßen von Madrid 150.000 Menschen zu einer Demonstration gegen die Teuerung. Auf Plakaten forderten sie die Beendigung der Preistreiberei und protestierten gegen die Inflation, die in diesem Jahr allein nach den offiziellen, beschönigten Zahlen bis zu 30% beträgt. In der Mitte der Demonstrationsteilnehmer wurden zahlreiche republikanische Fahnen mitgetragen. Immer wieder erscholl die Parole „Spanien wird morgen eine Republik", die von der KP Spaniens/ML, der FRAP und der Republikanischen Konvention propagiert wird.

Nur wenige Tage später, am 11. September, demonstrierten in den Straßen von Barcelona eine Million Menschen gegen die Unterdrückung der Angehörigen der katalanischen Nation durch die Monarchie. Sie forderten gleichzeitig die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, die in den Zuchthäusern des Regimes eingesperrt sind.

Die Demonstration in Barcelona wurde brutal von der Polizei überfallen: Schwerbewaffnete Einheiten der Polizei ritten in die Menge, knüppelten auf die Menschen ein, eröffneten das Feuer mit Hartgummikugeln und schossen Tränengasbomben ab. 276 Menschen wurden von den faschistischen Garden verletzt. Ein junger Mann, dem ein Hartgummigeschoß der Polizei den Schädel zertrümmerte, wurde von den Ärzten des Krankenhauses, in dem er liegt, bereits als „klinisch tot" bezeichnet.

Der Angriff auf die Demonstration blieb jedoch nicht unbeantwortet. In den Straßen der Stadt wurden Barrikaden gebaut, und die anrückenden Polizisten wurden mit Steinen beworfen.

Der brutale, faschistische Überfall der Polizei auf die Massendemonstration in Barcelona hat unter den spanischen Werktätigen große Empörung ausgelöst. Die Empörung war so groß, daß die Sozialdemokraten Felipe Gonzales', die eine Abteilung der spanischen Reaktion sind, zu einem demagogischen Manöver gezwungen waren. Um die Empörung der Massen abzuwiegeln und für sich selbst auszunutzen, brachten sie im spanischen Parlament einen Mißtrauensantrag gegen den Polizeiminister der Regierung Suarez ein. In diesem Augenblick zeigte sich einmal mehr die Schande der revisionistischen Carrillo-Partei, die den Ehrennamen des Kommunismus in den Schmutz gezogen hat. Diese Verräterpartei gab mit ihrer Stimmenthaltung ein offenes Votum für die Regierung Suarez, für den Terror und die faschistische Unterdrückung durch die Banden der Monarchie ab.

Die Volksmassen Spaniens haben in der Zeit seit dem Tod Francos viele Versprechen gehört, sie erlebten die Farce der Wahlen und der sogenannten Demokratisierung. Sie sehen allerdings auch, daß sich an ihrer Lage nichts geändert hat. Nach wie vor herrscht der Polizeiknüppel, wenn sie sich zum Kampf erheben, nach wie vor leben sie in Not und Elend, verschlechtert sich ihre Lage von Tag zu Tag. Die Realität ist stärker als die Betrugsmanöver der Ausbeuter, Unterdrücker und ihrer Lakaien. Und das bedeutet, daß sich die Volksmassen Spaniens immer mehr zum Kampf erheben, daß ihnen, durch die Arbeit ihrer revolutionären Vorhutpartei, der KP Spaniens/ML, immer klarer wird, daß es für sie nur einen Weg gibt: den Weg der Revolution und der Errichtung der föderativen Volksrepublik.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Bremen

Warum mussten Susanne und ihr Kind sterben?

Es passierte im September 75. Die 17jährige Susanne Blanke, Fürsorgezögling in einem Heim, steht kurz vor der Geburt ihres Kindes. Das junge Mädchen muß bis zuletzt harte Knochenarbeit in der Küche machen. Sie klagt über starke Unterleibsbeschwerden, aber die Heimleitung läßt sie nicht zum Arzt gehen. Sie soll weiterarbeiten, „man gab ihr Binden und beschwichtigte sie". Das war alles. Bei der Entbindung war das Kind von Susanne schon drei Tage tot. Sie selbst starb eine Woche später.

So etwas soll in der Bundesrepublik vorkommen? Ja, es passierte hier in „unserem" Staat, wo die Achtung vor dem Leben doch so hochgehalten wird — natürlich nur, wenn es um die oberen 10.000 geht oder darum, einer verzweifelten Arbeiterfrau, die nicht weiß, wie sie noch ein Kind ernähren soll, den Schwangerschaftsabbruch zu verweigern. Es geschah sogar in einer christlichen Anstalt, die bekanntlich ganz besonders (schein)heilig vom Schutz des Lebens zu sprechen pflegen.

Der Fall Susanne Blanke war kein Einzelfall in dem von der Inneren Mission betriebenen „Heim für schwererziehbare Mädchen" in Bremen. Ein halbes Jahr nach Susannes Tod, exerzierte die Heimleitung dasselbe an Claudia Gonsch durch, heute 18 Jahre alt. „Ich war im 6. Monat schwanger und hatte starke Unterleibsbeschwerden. Als ich zum Arzt wollte, ließ die Heimleitung das nicht zu." Claudia hatte kurze Zeit später eine Totgeburt, sie selbst kam mit dem Leben davon. Sie durfte noch nicht einmal bei der Beerdigung ihres Kindes dabei sein. Das Kind wurde irgendwo in einen anderen Kindersarg beigelegt, Claudia weiß bis heute nicht wo!

Die Heimleitung hat auch sonst die Mädchen körperlich und seelisch bis zum letzten gequält und zudem noch ausgenutzt, sich an ihnen zu bereichern. Sie wurden nicht nur beschimpft und geschlagen, sondern es wurde ihnen auch noch ihr sauer verdientes Geld widerrechtlich abgenommen. Was blieb übrig von dem Leitmotiv „Hilfe für die Armen", unter dem die Innere Mission den Idealismus Hunderttausender Menschen ausnutzt, die für sie sammeln und spenden? — Nichts als Grausamkeit und Profitsucht!

Nun fragt sich jeder, weshalb diese Zustände erst heute zu einem Skandal in der Hansestadt Bremen geführt haben? Nun, da haben eben mal wieder alle Verantwortlichen, angefangen von der Stadt Bremen, die ja die Aufsichtspflicht über solch ein Heim hat, unter dem Mantel des Schweigens zusammengehalten. Der Tod von Susanne war z. B. noch nicht mal gemeldet worden.

Der Stein kam nur ins Rollen, weil Peter Brosch sein Anerkennungsjahr als Sozialarbeiter in diesem Heim gemacht hat und die Sache als Buch veröffentlichte. Ein Zufall! In zig anderen Heimen geschieht ähnliches, hinter Gittern, unter dem Aushängeschild von christlicher Nächstenliebe oder staatlicher Fürsorge.

Aber auch in diesem Fall erwarte man jetzt nur nicht, daß sofort Mordanklage erhoben wird, oder die Verantwortlichen Rechenschaft geben müssen. Pastor Claus von Aderkas von der Inneren Mission lehnte jede Stellungnahme zu den Vorwürfen ab. Und die zuständige Abteilungsleiterin beim Bremer Landesjugendamt, Renata von Ungern, hat lediglich die Prüfung aller von Brosch erhobenen Vorwürfe angekündigt.

Das ist das Übliche, was staatliche Stellen zu den Verbrechen am Volk zu sagen haben. Da wird geschwiegen, verzögert, beschwichtigt und „geprüft", ob es nun um menschenunwürdige Behandlung in Heimen geht, um von den Kapitalisten verschuldete Arbeitsunfälle oder um Polizeischüsse auf Arbeiter. Auch an solchen Fällen erkennen immer mehr, daß der kapitalistische Staat ein Feind des Volkes ist.

Demonstration gegen KKW-Bau verboten

Die für den 24. 9. 77 geplante Demonstration gegen den Bau des „Schnellen Brüters" in Kalkar wurde verboten.

Wie bereits vorher in Brokdorf sollen die Demonstranten lediglich in dem mehrere Kilometer entfernten Stadtgebiet von Kalkar demonstrieren dürfen. Und selbst hier wird den Atomkraftwerksgegnern mit einem Verbot gedroht, wird wie bei anderen Demonstrationen gegen den Bau von Atomkraftwerken gegen „Chaoten", „Terroristen" usw. gehetzt, werden die Vorbereitungen zu einem bürgerkriegsähnlichen Einsatz der Polizei getroffen. 10.000 Polizisten sollen die Interessen der Monopolherren gegen die Werktätigen schützen.

Köln

Kampf gegen Bürgerkriegsmanöver

Vom 8. bis 12. September fand im westlichen Kölner Umland die Bürgerkriegsübung „Eifelland II" statt. Geprobt wurde, wie die Bundeswehr am wirksamsten gegen Sabotageakte einer „Untergrundorganisation Roter Stern" vorgeht. Was für Sabotageakte gemeint sind, zeigt eine Stelle aus dem Drehbuch zu diesem Manöver.

Da steht: „Zum Schichtbeginn frühmorgens verteilen Mitglieder der Untergrundorganisation ‚Roter Stern' Flugblätter mit Streikaufrufen..." Im Manöver wird nun die Jagd auf diese „Verbrecher" geübt, „die Heimat" gegen sie „verteidigt". Da wird ohne Rücksicht auf die Bevölkerung und die Gesundheit der Soldaten der Notstand geübt; da rasen Bu-We-LKWs durch die Gegend, um rechtzeitig bei Schichtbeginn an Ort und Stelle zu sein. Der Teil der Reservisten, der „die Roten" zu spielen hat, wird gejagt, mit Maschinengewehren wird ihnen an Brücken aufgelauert, sie werden an Bäume gestellt, Straßen werden gesperrt usw. usf.

Jeder Arbeiter und Werktätige kann sich das Eingreifen dieser „Sicherungskompanien" im Ernstfall vorstellen. Die Bundeswehr übt hier nicht den Einsatz gegen ein paar Saboteure, wie sie es gerne darstellt, sondern geprobt wird die Niederschlagung von Streiks und Arbeiteraufständen. Geprobt wird die Liquidierung der „Roten". Das sind alle, die sich gegen das kapitalistische System auflehnen, bis es gestürzt wird, an ihrer Spitze die Kommunisten.

Solch eine Bürgerkriegsübung findet nicht zufällig im Kölner Raum statt. Diese Gegend ist für die westdeutschen Imperialisten von großer Bedeutung. Die hier abgebaute Braunkohle wird verstromt und dient zur Energieversorgung großer Teile des Ruhrgebiets. Außerdem gibt es hier chemische Industrie und wichtige Pipelines. Und die müssen geschützt werden! Eben gegen die Hunderttausende von Arbeitern, die in diesem Gebiet leben, die täglich schärfer ausgebeutet und unterdrückt werden und weder das noch einen drohenden neuen imperialistischen Krieg ruhig hinnehmen.

Wenn die Polizei — wie beim Fordstreik — nicht mehr ausreicht, um Streiks zusammenzuschlagen, um Streikführer zu verhaften, dann lassen sie eben die Bundeswehr marschieren.

Solche Bürgerkriegsübungen zeigen vielen Arbeitern und Werktätigen den volksfeindlichen Charakter dieser Armee, und auch die einfachen Soldaten sind nicht gewillt, sich für solche Einsätze gegen das Volk mißbrauchen zu lassen.

Ein Bericht unserer Genossen, die die Soldaten und die Bevölkerung über den Zweck dieser Manöver aufklärten, zeigt, wie die Wut und Empörung gegen die Bundeswehr steigt:

„In Nörvenich, wo die Kommandostelle von Eifelland II ist und in den mehr als zehn umliegenden Dörfern steckten wir Flugblätter, führten zahlreiche Gespräche mit den dort lebenden kleinen Bauern und Arbeitern, gaben ihnen die Grundsatzerklärung unserer Partei und verkauften den „Roten Morgen". In Nörvenich ist ein Fliegerhorst, die Bundeswehr beherrscht den ganzen Ort und die Umgegend. Eines von den Dörfern, die wir besuchen wollten, hieß auf der Landkarte Oberbolheim. Dieses Dorf gibt es nicht mehr. Da, wo es lag, ist heute Bundeswehr. Die Bevölkerung wurde umgesiedelt. Für die Bundeswehroffiziere wurde ein neues Dorf aus Villen und Gärten gebaut: Neu-Oberbolheim. Daneben liegt Niederbolheim. Dort trafen wir nur alte Leute, denn das Dorf ist auf den Aussterbeetat gesetzt. Die Felder wurden von der Bundeswehr verwüstet, die Bauern haben keinen Pfennig Entschädigung dafür bekommen. Außerdem ist die Belästigung durch den Fluglärm unerträglich. Dazu kommt der Gestank, wenn die Bundeswehr Altöl verbrennt. Die alten Leute haben sich jetzt in einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen, um sich gemeinsam gegen die Bundeswehr zu wehren.

Durch Kollegen erfuhren wir, wo und wann die Reservisten für „Eifelland II" eingezogen wurden. Keinem war gesagt worden, um was für eine Übung es sich handelte. Keiner wußte, wann und wohin sie ausrükken sollten. Als sie von uns erfuhren, daß sie die Niederschlagung von Sabotageakten der Bevölkerung gegen Bundeswehrobjekte üben sollten, daß der Einsatz gegen das Volk geprobt werden wollte, waren sie empört. Fast alle nahmen Flugblätter, viele gleich einen kleinen Stoß, um die Kameraden aufzuklären.

„Ich verpiß mich", „Ich hab ein Attest", „Ich sollte schon um halb zehn hier sein, das hat nicht geklappt, jetzt können die mich mal", „Das Flugblatt reib ich denen unter die Nase" — diese spontanen Reaktionen zeigen, wie groß die „Wehrbereitschaft" der Reservisten ist. Die durch einige allzu übermütige Reservisten alarmierten Wachen verständigten die Polizei. Sie fand die „Wehrkraftzersetzer" nicht mehr, nur eine große Parole: „Krieg dem imperialistischen Krieg!" Inzwischen gingen die Flugblätter in der Kaserne rund."



Die Sicherungskompanie übt den Einsatz gegen die Bevölkerung.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Rutenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen". Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.